

W O R T P R O T O K O L L

der 34. Sitzung des Ausschusses für Inneres, Bau und Digitalisierung
am Donnerstag, dem 20. April 2023, 10.03 Uhr,
Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitz: Abg. Ralf Mucha

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung zum
Gesetzentwurf der Landesregierung
**Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung medien-
rechtlicher Staatsverträge (Dritter Medienänderungsstaatsvertrag)**
- Drucksache 8/1725 -

Innenausschuss

hierzu: Ausschussdrucksachen 8/332, 8/334, 8/336

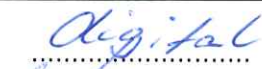
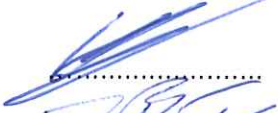
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
8. Wahlperiode
- Ausschuss für Inneres, Bau und Digitalisierung -

Anwesenheitsliste

34. Sitzung am 20. April 2023, 10:00 Uhr,
Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitzender: Abg. Ralf Mucha (SPD)
Stellv. Vors.: Abg. Jan-Phillip Tadsen (AfD)

1. Abgeordnete

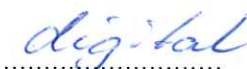
Fraktion	Ordentliche Mitglieder Name	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder Name	Unterschrift
SPD	Albrecht, Rainer		Barlen, Julian	
	Brade, Christian		da Cunha, Philipp	
	Kaselitz, Dagmar		Miraß, Heiko	
	Lange, Bernd		Stamer, Dirk	
	Mucha, Ralf		Winter, Christian	
	Tegtmeier, Martina			
AfD	Kramer, Nikolaus		Förster, Horst	
	Tadsen, Jan-Phillip		Meister, Michael	
			Schneider, Jens-Holger	
CDU	Reinhardt, Marc		Diener, Thomas	
	von Allwörden, Ann Christin		Ehlers, Sebastian	
			Hoffmeister, Katy	
			Liskow, Franz-Robert	
			Peters, Daniel	
			Waldmüller, Wolfgang	
DIE LINKE	Noetzel, Michael		Bruhn, Dirk	
			Seiffert, Daniel	




1. Abgeordnete

Fraktion	Ordentliche Mitglieder		Stellvertretende Mitglieder	
	Name	Unterschrift	Name	Unterschrift

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Oehlich, Constanze		Damm, Hannes	
.....		Shepley, Anne	
.....		Dr. Terpe, Harald	
.....		Wegner, Jutta	

FDP	Wulff, David		Becker-Hornickel, Barbara.....
			Domke, René
			Enseleit, Sabine
			van Baal, Sandy



2. Ministerien und sonstige Behörden

[illegible]

3. Referenten / Sonstige Teilnehmer

[illegible]

Öffentliche Anhörung
des Ausschusses für Inneres, Bau und Digitalisierung
am 20. April 2023

zum Gesetzentwurf der Landesregierung
**Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung
medienrechtlicher Staatsverträge (Dritter Medienänderungsstaatsvertrag)**
- Drucksache 8/1725 -

Anzuhörende	Name/Vorname (Druckschrift)	Unterschrift	Funktion
Norddeutscher Rundfunk	KHUTH, JOACHIM Kühn, Mladen	✓. Kühn	Intendant Zuschauer
Universität Rostock Institut für Medien- forschung	Absage		
JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG	Dieter Stein DR. BASILIAN BEHRENS		Geschäftsführer Pressesprecher
Kanzlei Schlösser			
Universität Rostock Philosophische Fakultät	Absage		
Medienanstalt M-V	Absage		
ARD-Programmdirektion München	digital		
Ostseewelle M-V			GRIPD

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung zum

Gesetzentwurf der Landesregierung

Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Dritter Medienänderungsstaatsvertrag)

- Drucksache 8/1725 -

Vors. **Ralf Mucha:** Dann steige ich in die Sitzung ein. Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zur 34. Sitzung des Ausschusses für Innen, Bau und Digitalisierung. Einziger Tagesordnungspunkt ist die öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Dritter Medienänderungsstaatsvertrag). Der liegt Ihnen vor auf Ausschussdrucksache 8/1725. Dazu liegen weitere Ausschussdrucksachen vor auf den Nummern 8/332, 334 und 336. Bevor wir nun mit den Anhörungen beginnen, möchte ich darauf hinweisen, dass dies eine öffentliche Anhörung ist. Es ist den Zuschauern jedoch nicht gestattet, Beifall oder Missfallen zu äußern. Ich bitte darum, sich entsprechend zu verhalten. Mit Schreiben vom 17. April hat die Fraktion der FDP die Erstellung eines Wortprotokolls für diese Sitzung beantragt, sodass dementsprechend auch verfahren wird. Ich begrüße ganz herzlich alle Gäste und Anzuhörenden. Ganz besonders danke ich den Anzuhörenden, dass sie es ermöglicht haben, uns heute hier, ob im Plenarsaal oder digital zugeschaltet, für unsere Fragen zur Verfügung zu stehen. Frau Professor Dr. Elisabeth Prommer vom Institut für Medienforschung an der Universität Rostock und Dr. Fred Mrozek von der Universität Rostock sowie die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern haben leider abgesagt. Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern hat jedoch eine schriftliche Stellungnahme übersandt, die als Ausschussdrucksache 8/332 verteilt wurde. Ferner hat der VAUNET - Verband Privater Medien e.V. unaufgefordert eine schriftliche Stellungnahme abgegeben. Ich möchte alle heutigen Teilnehmer bitten, immer ihr Mikrofon einzuschalten, wenn sie sprechen. Außerdem bitte ich Sie, Ihr Mikrofon stumm zu schalten, solange Sie keinen Redebeitrag leisten. Nun zum Ablauf der Sitzung. Zu Beginn erhält jeder Anzuhörende zunächst die Gelegenheit zu einem Eingangsreferat von circa fünf Minuten. Ich werde dazu die Anzuhörenden nacheinander aufrufen. Anschließend werden wir in die Frageunde für die Abgeordneten einsteigen, um im Gespräch noch Einzelheiten zu erörtern und bestimmten Fragen nachzugehen. Letzte Bitte von mir: Immer das Mikrofon einschalten, sowohl bei Referaten als auch in der Debatte, weil dies erforderlich ist für

die Protokollierung der Beiträge. Lassen Sie uns mit den Eingangsreferaten beginnen. Zunächst erteile ich dem Intendanten des Norddeutschen Rundfunks, Herrn Joachim Kuhn, das Wort. Auf Ausschussdrucksache 8/336 liegt Ihnen die gemeinsame mit der ARD-Programmdirektion München abgegebene Stellungnahme vor. Herr Kuhn, ich erteile Ihnen das Wort.

Joachim Knuth (Intendant des Norddeutschen Rundfunks): Ja, vielen Dank, Herr Mucha. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich heute hier bin im Landtag. Wir, der Norddeutsche Rundfunk, sind seit mehr als 30 Jahren in diesem Land fest verankert und in der Region präsent. Abgesehen von unserem Landesfunkhaus in Schwerin berichten wir aus drei Studios, aus Rostock, aus Neubrandenburg und aus Greifswald, und tun dies mit großem Engagement, garantieren eine umfangreiche Berichterstattung aus dem ganzen Land für das Nordmagazin für NDR 1 Mecklenburg-Vorpommern, für MV Live, für unsere App und für die Angebote, die wir in den sozialen Netzwerken haben. Wir sind dabei äußerst erfolgreich und darauf sind wir stolz. Mit NDR 1 MV unterhalten wir das erfolgreichste öffentlich-rechtliche Radioprogramm in Deutschland und das Nordmagazin belegt bei allen regionalen Magazinen in diesem Land den zweiten Platz. 7 von 10 Norddeutschen nutzen uns jeden Tag. Das ist ein großer Vertrauensbeweis. Man kommt an uns nicht vorbei und dieses Vertrauen auch in Zukunft nicht zu enttäuschen, das ist unsere Aufgabe. Der NDR, die ARD insgesamt, stehen vor umfangreichen Herausforderungen. Die Mediennutzung verändert sich schnell; schneller, als wir es noch vor einigen Jahren dachten und darauf müssen und wollen wir reagieren auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Wir müssen zum einen die technischen Grundlagen für eine öffentlich-rechtliche Plattform schaffen, unsere Angebote so aufstellen, dass sie jeden und jede, egal ob alt oder jung, Mann oder Frau, ob aus Ballungszentren oder ländlichen Regionen, ob wohlhabend oder nicht, erreichen können. Und wir müssen den Raum schaffen, in dem sich demokratische Diskurse entfalten können, ohne Hass und Hetze auf Grundlage von geprüften Fakten jenseits von Desinformation und Propaganda. Denn wenn es keine Gewissheiten mehr gibt, dann ist auch nicht mehr klar, was wahr und was falsch ist. Und wenn das Vertrauen in Institutionen unterhöhlt wird, dann hat es das demokratische System insgesamt schwer. Wie erreichen wir unsere Ziele? Wie gelingt es uns, dieses Vertrauen zu erhalten, das wir genießen? Und wo können wir es wiedergewinnen, wo wir es verloren haben? Die Regelungen zum Dritten Medienänderungsstaatsvertrag,

Auftrag und Strukturoptimierung geben uns den nötigen Spielraum für die Transformation der ARD, für unseren Weg in die Zukunft. Und ich will einige Punkte herausstellen, die für uns besonders wichtig sind. Zum einen ermöglicht der Dritte Medienänderungsstaatsvertrag die Flexibilisierung unserer Angebote. Das heißt, wir können nach Ratifizierung auf bestimmte Programme in der linearen Ausstrahlung verzichten. Das ist zeitgemäß. Viele aus der jüngeren und sehr jungen Generation verfügen gar nicht mehr über einen Fernseher oder ein Radio. Sie nutzen unsere Angebote über Mediatheken, Audiotheken, über Apps oder Drittplattformen. Und wir werden auch in diesem Jahr von der Möglichkeit der Flexibilisierung Gebrauch machen und die Abschaltung eines Kanals beschließen. Damit sparen wir Kosten in der Verbreitung und wir können Zielgruppen konzentrierter ansprechen. Für uns, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland, ist es außerdem maßgeblich, dass wir umfänglich unterrichten und unserem Auftrag nachkommen. Das gilt auch für die Unterhaltung und auch für den Sport, denn diese gehören zu einem vollständigen medialen Angebot dazu. Ich will an dieser Stelle etwas ausführlicher begründen, weil wir in der medienpolitischen Diskussion häufig auch mit dem Verzicht und der Verzichtsforderung auf Unterhaltung und Sport konfrontiert sind. In unseren Unterhaltungsangeboten spiegelt sich ja in hohem Maße die föderale Vielfalt unseres Landes wider. Wir haben Drehorte nicht nur in Hamburg, in Berlin oder in Köln, sondern eben auch ganz oft und ganz häufig auf Usedom, auf Rügen, in Rostock: Praxis mit Meerblick, der Usedom-Krimi, der Polizeiruf 110. Und derzeit drehen wir gerade zusammen mit unserer Film- und Fernsehproduktions-tochter der Degeto in Malchow, in Plau am See und in Gallien einen Pilotfilm für die geplante neue Reihe Nord bei Nordost. Dieses Engagement ist nicht nur für die Wahrnehmbarkeit und als Wirtschaftsfaktor wichtig, sondern auch für die Rezeption bedeutender gesellschaftlicher Themen. Wir wissen aus der Medienforschung, dass sich Menschen in Fiktionen eingebettete Inhalte besser merken können, wenn es um Diversität geht, um Fragen wie, und auch das kommt in der Fiktionsform, Menschen mit Behinderung, Menschen mit anderen sexuellen Orientierungen, mit Einwanderungsgeschichten und und und. Und dieses alles fiktional abzubilden, ist manchmal nachhaltiger für das gesellschaftliche Bewusstsein als ein Beitrag zu diesem Themenkomplex in der Tagesschau oder den Tagesthemen. Und auch auf Sport möchten und wollen wir nicht verzichten, weil wir glauben, dass der Sport nicht komplett hinter der Bezahlschranke verschwinden darf. Auch kritische Berichte, die wir dort anfertigen über Doping, über undemokratische Strukturen in internationalen Sportverbänden,

über Korruption, werden wir dann nicht mehr in dem Maße möglich machen können, weil wir dann keine Zugänge mehr zu Veranstaltungen hätten. Und was wären wir am Ende für ein Sender oder Senderverbund, der sich nur mit Problemen, Schwierigkeiten und gesellschaftlichen Herausforderungen beschäftigt? Wir würden zum Nischenanbieter werden und könnten auch unsere wichtige Rolle des demokratischen Diskursraums, den wir tagtäglich anbieten, nicht mehr wahrnehmen. Ich bin deshalb dankbar dafür, dass die Unterhaltung auch unverändert einen festen Platz in der Beauftragung öffentlich-rechtlichen Arbeitens hat. Wir diskutieren heute über den Dritten Medienänderungsstaatsvertrag. Ich will aber schon einen Blick nach vorne richten, denn der Vierte liegt ja bereits in Diskussionsentwürfen vor. Er hat zum Ziel, übergreifende Standards mit Blick auf Compliance und Transparenzfragen zu definieren. Das begrüßen wir sehr und der Entwurf deckt sich ganz wesentlich mit den Maßnahmen, die wir im NDR, aber auch in der ARD bereits eigenständig angestoßen und auf unserer Intendantensitzung im vergangenen November beschlossen haben. Wir haben verstanden, dass wir uns von innen heraus erneuern müssen und nicht darauf warten sollten, bis andere vermeintlich bessere oder gute Lösungen für uns finden. Und zu diesem Überzeugungskanon gehört, dass wir als ARD künftig stärker als bisher auch auf redaktioneller Ebene zusammenarbeiten wollen in Kompetenzzentren, mit Poollösungen für Fernseh- und Radioprogramme, mit einer Reduktion von Social Media-Formaten. Daran arbeiten wir gerade und dies ist ein Paradigmenwechsel in der ARD. Wir stehen erst am Anfang dieses Prozesses, aber wir wissen, dass er nicht Jahre dauern darf und sollte. Bei allen Veränderungen und Reformen will ich ganz am Ende sagen: Das Regionale wird aus meiner Überzeugung und Sicht an Bedeutung gewinnen. Wir wollen Meinungen und Perspektiven der ländlichen, der regionalen Regionen mehr Raum und Gewicht geben. Wir tun dies in den Tagesthemen schon seit einigen Jahren mit unseren Mittendrin-Reportagen. Ein Großteil dessen, was wir dort machen, kommt aus Orten mit weniger als 20.000 Einwohnern. Und ein Drittel dessen, was wir seit Jahren dort anbieten, kommt aus den ostdeutschen Bundesländern. Mittendrin ist erfolgreich, weil wir nah bei den Menschen sind, weil wir aus verschiedenen Perspektiven auf die Probleme schauen. Denn über die Verkehrspolitik oder die Energiewende wird in Hamburg-Ottensen oder am Prenzlauer Berg mutmaßlich anders gedacht als in Anklam, in Güstrow oder Ludwigslust. Und nur wenn wir alles gleichermaßen abbilden, dann kann der Norddeutsche Rundfunk das große Vertrauen, das er genießt, erhalten und das

wir heute in weiten Teilen der Bevölkerung genießen. Das ist der Ausgangspunkt für die Diskussion der kommenden Jahre. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Knuth, und entschuldigen Sie, dass ich Sie als Herr Kuhn angekündigt habe.

Joachim Knuth: Das geschieht immer mal wieder. Ich bin da tolerant.

Vors. **Ralf Mucha**: Entschuldigung. Ja, dann begrüße ich online die Direktorin der ARD Programmredaktion München, Frau Christine Strobl. Frau Strobl, Sie haben das Wort.

Christine Strobl (Programmdirektorin des ARD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Abgeordnete, danke für die Einladung. Der Intendant des Norddeutschen Rundfunks hat eigentlich schon das allermeiste gesagt, was uns programmlich wichtig ist. Ich bin zuständig für das Erste Deutsche Fernsehen und die ARD Mediathek. Und ich bin den Ländern dankbar, dass sie mit dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag etwas aufgreifen, was uns sehr beschäftigt, nämlich die Änderung des Nutzungsverhaltens in der Bevölkerung. Wir kommen noch aus einer Zeit, also ich bin noch groß geworden mit Schwarz-Weiß-Fernsehen und einer Tastatur, wo man auf der eins ganz sicher beim Ersten Deutschen Fernsehen gelandet ist. Aber die Zeiten haben sich geändert und ich will sie nicht mit Zahlen belästigen, aber vielleicht nur eine. Wir hatten noch vor zehn Jahren, haben wir bei den über 70-jährigen, über 300 Minuten ferngesehen und inzwischen ist dieser Konsum weiter angestiegen. Also wir sind bei 357 bei den über 70-jährigen. In dem gleichen Zeitraum ist aber in einer Bevölkerungsgruppe im Alter von 30 bis 49 was ganz anderes passiert. Und es war über Jahrzehnte unvorstellbar. Wir hatten 2013 hier noch 223 Minuten tägliche Sehdauer im Fernsehen, was auch eine ganze Menge ist für Menschen, die arbeiten und Kinder betreuen und ihren Hobbies nachgehen. Die ist aber dramatisch gesunken. Also bei den 30- bis 49-jährigen, also Menschen, die mitten im Leben, in der Familie und in der Arbeitswelt stehen, sind wir inzwischen bei 136 Minuten gelandet. Das heißt, da in dieser Bevölkerungsgruppe - bei den Jüngeren ist es noch viel dramatischer - aber in dieser Bevölkerungsgruppe kann man einfach am deutlichsten sehen, was passiert ist. Innerhalb von zehn Jahren hat sich das Nutzungsverhalten, also was tun die Menschen am Tag, wie konsumieren sie Medien, dramatisch verändert. Und sie tun ja stattdessen

nicht Bücher lesen, sondern sie sind ins Netz gewandert, in die Welt von Mediatheken. Und deswegen ist es so wichtig, dass der Dritte Medienänderungsstaatsvertrag uns die Chance gibt, darauf zu reagieren. Weil wir müssen einfach diese Flexibilisierungsoptionen, die wir hier haben, nutzen können, um in dieser neuen Welt, in dieser Welt, in der Nutzerinnen und Nutzer ganz selbstverständlich gewohnt sind, sich ihre Inhalte dort abzuholen, wo sie wollen und auch wann sie wollen. Also nicht mehr das, was wir ihnen vorschlagen, was sie um 20:00 im Fernsehen schauen sollen, relevant ist, sondern die sich sehr stark an Inhalten orientieren, die sie einfach wann und wo im Netz nutzen wollen. Und diesen großen, großen Umbauprozess. Wir kommen aus einer Welt, wo es Hörfunk und Fernsehen gab, also Radio und Fernsehen. Und jetzt ist in einer wirklich großen Dramatik, die Onlinewelt in den letzten Jahren hat sich entwickelt. Und auf dieses müssen wir reagieren und wir müssen programmlich reagieren. Und wir müssen aber auch in der Frage, wie erzählen wir in der Mediathek, reagieren, denn das sind andere Formen und das hat auch viel damit zu tun, dass es internationaler geworden ist. Weil in der Mediathek, in der On Demand-Welt, also in der Welt von Online, sind eben große amerikanische und chinesische Konzerne - Sie kennen die alle, muss ich Ihnen nicht sagen - Amazon, Netflix, Disney sind dort genauso Anbieter und Konkurrenten, wie wir es eben auch sind. Und wir müssen uns diesem Wettbewerb stellen. Und ich finde es extrem wichtig, dass wir aus deutscher, dass wir aus regionaler Sicht, Jochen Knuth hat es noch mal sehr eindrücklich betont, es ist ja die Stärke der ARD, alles zusammenzubringen: Regionales, aber eben auch Internationales und Landesweites. Aber wir müssen uns in den Erzählformen, in den Macharten, in den Finanzierungsformen internationalen Großkonzernen stellen. Und ich halte das für extrem wichtig. Wenn wir in der Demokratie weiter die Geschichten aus unseren Ländern und die Geschichten unserer Gesellschaft erzählen wollen, dann müssen wir wettbewerbsfähig sein. Und wettbewerbsfähig ist man dann, wenn man Menschen erreicht. Und auch das hat Jochen Knuth gerade vorhin nochmal sehr deutlich betont. Wir müssen unsere Programmangebote nicht nur für eine breite Zielgruppe, also für die eher Älteren, machen, die wir im Fernsehen erreicht haben, im klassischen Fernsehen, sondern wir haben die Verpflichtung - und das hat der Dritte Medienänderungsstaatsvertrag ja noch einmal ganz deutlich gemacht - wir haben die Verpflichtung, alle zu erreichen. Und ich gebe auch offen zu, dass uns das mit dem klassischen Fernsehen nicht mehr gelingen wird, einfach, weil das Nutzungsverhalten sich so verändert hat, wie ich es Ihnen gerade beschrieben habe. Wir haben, wenn man noch einmal

zwei Zahlen vergleicht, bei den über 50-jährigen haben wir in der Bevölkerung 45 Prozent. Also 45 Prozent sind in der Alterszone, sie machen aber im Fernsehverhalten 75 Prozent aus. Das heißt, das Fernsehen ist in die Jahre gekommen und wird auch weiter möglicherweise in die Jahre kommen. Und deswegen brauchen wir Mediathek-Angebote. Und das war meine - ich habe vor zwei Jahren diese Verantwortung übertragen bekommen - unsere größte Aufgabe mit allen ARD-Anstalten, vor allem natürlich auch dem Norddeutschen Rundfunk, ist eben, uns dieser Wirklichkeit zu stellen und unsere Programmangebote danach auszurichten. Und das betrifft die Fiktion, das betrifft die Unterhaltung - Jochen Knuth hat es erwähnt - aber es betrifft auch ganz stark die Informationsangebote. Wir haben zum Beispiel in der Mediathek einfach ganz andere Nutzungsformen. Wir brauchen die Dokumentation und deswegen haben wir jetzt in diesem Jahr das Dokumentarische sehr, sehr, sehr deutlich gestärkt. Wir haben ein neues Wissensformat eingeführt und wir haben den dokumentarischen Formaten sowohl in der Mediathek als auch im Ersten Deutschen Fernsehen einen viel größeren Raum eingeräumt, als wir es bisher hatten, und haben uns dort auch gesteigert, weil wir diese vertiefte Form des Erzählens einfach sehr stark brauchen. Und insofern ist das ein wichtiger Baustein, der uns durch den Dritten Medienänderungsstaatsvertrag noch nochmal ermöglicht wird, weil wir eben auch flexibler werden können und weil wir das große Ziel der Zusammenarbeit mit dem ZDF im Bereich der Mediathek weiter vorantreiben können. Wir wollen und daran arbeiten wir intensiv - Sie haben das auch von unserem Vorsitzenden gehört - ein gemeinsames Streaming-Netzwerk werden mit dem ZDF zusammen und damit auch die relevante Größe in der Mediatheken-Landschaft einnehmen. Das heißt, wir werden schon in diesem Jahr gemeinsame Empfehlungen haben in der Mediathek. Also, wenn Sie bei uns in der ARD-Mediathek sind, kriegen Sie auch ZDF-Dinge empfohlen und wir werden das im Laufe des Jahres weiter verfeinern und auch genauso personalisierte Vorschläge machen können. Und das hängt damit zusammen, weil wir eben eine gemeinsame Software haben. Das ist für die beiden Sendergruppen ein großer Schritt. Ich glaube aber, wenn man vom Nutzer und von der Bevölkerung her denkt, ein entscheidender, und damit trägt eben, um dieses zu machen und dieses auch zu finanzieren, brauchen wir die Flexibilisierungsoption im Dritten Medienänderungsstaatsvertrag. Und insofern ist es für uns ein großer wichtiger Bestandteil und hilft uns, unsere Vision zu realisieren. Und die Kernvision ist, Angebot für alle und zur Meinungsvielfalt, zur Abbildung der ganzen Gesellschaft beizutragen, um die Demokratie zu fördern und zu unterstützen und den Diskurs

zu ermöglichen. Und in dem Sinne wollen wir die Chancen, die uns der Dritte Medienänderungsstaatsvertrag gibt, nutzen und unsere programmlich eingeleiteten Reformen weiter vorantreiben. Vielen Dank!

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau Strobl für Ihre Ausführungen. Dann begrüße ich für die Junge Freiheit Verlag GmbH und Co. KG den Chefredakteur, Herrn Dieter Stein. Herr Stein, Sie haben das Wort.

Dieter Stein (Chefredakteur JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG): Ja, vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung. Ich spreche zu Ihnen als Herausgeber einer konzernunabhängigen, privat finanzierten Wochenzeitung. Die Affäre Schlesinger beim RBB hat im vergangenen Sommer ein Fass zum Überlaufen gebracht. Der Skandal offenbarte, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk außer Kontrolle geraten ist. Intendanten, die mit über 400.000 Euro im Jahr mehr verdienen als Bundeskanzler und Bundespräsident, unterlegte ein Dickicht dubioser Beraterverträge, politischer Abhängigkeiten, Parteienfilz und Vetternwirtschaft offen. Die Deutschen finanzieren einen europaweit einmaligen und anachronistisch überdimensionierten, staatsnahen Medienkomplex von ARD und ZDF und Deutschlandfunk mit Zwangsbeiträgen von über 8,4 Milliarden Euro pro Jahr. Von wirklichem Reformwillen ist bis jetzt wenig zu spüren und das vorliegende Gesetz leistet dafür nur einen geringen Beitrag. Während Millionen Bürger und privatwirtschaftliche Unternehmen unter den Folgen einer galoppierenden Inflation ächzen, wird nicht über Entlastungen, sondern im Gegenteil, über weitere Gebührenerhöhungen diskutiert. In den letzten Wochen wurden Strategieplanungen der ARD publik, nach der der Rundfunkbeitrag nicht gesenkt, sondern sogar ab 2025 auf über 25 Euro steigen könnte. Andere Länder in Europa sind hier weiter und haben bei Öffentlich-Rechtlichen bereits harte Reformen eingeleitet. So schafft gerade Frankreich auf Druck der Bürger die Rundfunkgebühren ab und finanziert die Sender über Steuern. Was letztlich ehrlicher ist. Bei jeder Haushaltsverhandlung steht damit ab sofort die Ausgabenpolitik der Sender zur Debatte. Auch in Großbritannien wird das Ende staatlich eingetriebener Gebühren lebhaft diskutiert. Sie wurden aktuell immerhin gesenkt statt erhöht. Und die Bürger haben das Zwangsgebühren-System satt. Das müssen Sie sehen. Die von mir herausgegebene Wochenzeitung „Junge Freiheit“ initiierte deshalb im vergangenen August eine Petition für die Abschaffung der Zwangsgebühren und eine Reform des

öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die innerhalb von nur drei Wochen 200.000 Bürger unterschrieben und die wir beim Berliner Abgeordnetenhaus einreichten. Nach einer Umfrage des Instituts INSA forderten Ende vergangenen Jahres sogar 84 Prozent der Deutschen die Abschaffung der Rundfunkgebühr. Während bei ARD und ZDF die Gebühren sprudeln, ob die Leute das Programm schauen oder nicht, pflügt die Digitalisierung die Landschaft privater Verlage und Sender seit zwei Jahrzehnten radikal um. Die FAZ berichtete vergangene Woche am 13. April unter der Überschrift „Wie die ARD die Zeitungen abwürgt“, wie insbesondere regionalen Tageszeitungen die Luft ausgeht. Ab 1. Mai kann im Landkreis Greiz die Ostthüringische Zeitung nicht mehr zugestellt werden. Bis 2025 rechnen Zeitungsverlage damit, dass in 40 Prozent aller Gemeinden in Deutschland eine Zeitungszustellung wirtschaftlich nicht mehr tragbar ist. Mörderisch sind zusätzlich die seit einem Jahr explodierenden Papierpreise. In unserem Fall stiegen sie um 140 Prozent. Parallele schnüren - und das ist aus den Redebeiträgen gerade auch noch mal deutlich geworden - öffentlich-rechtliche zusätzlich in immer neuen Marktsegmenten, insbesondere im Internet, privaten Medienhäusern die Luft ab. So beklagten Verlegerverbände die massive Ausweitung lokaler Berichterstattung durch ARD-Anstalten. Brisant ist vor allem zunehmende Onlinetextberichterstattung ohne Bezug zu Audio- oder Fernsehbeiträgen. Das vorliegende Gesetz will hierfür sogar noch mehr Möglichkeiten schaffen. Welche Verlage, frage ich Sie, können mit einer eigenen Digitalstrategie gegen einen Giganten konkurrieren, der mit 8,4 Milliarden Euro oder künftig noch mehr Zwangsgebühren kalkulieren kann? Mit welcher Einstellung würden wir als private Zeitungsredaktion unser Blatt machen, wenn uns bewusst wäre, die Empfänger müssten die „Junge Freiheit“ beziehen und bezahlen, ob es ihnen passt oder nicht. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat durchaus einen Kern, der sinnvoll ist, Information, Bildung und Kultur zu senden, die im allgemeinen Interesse sind. Wenn er sich denn darauf konzentrieren würde. Doch hat sich über Jahrzehnte ein politisch medialer Komplex verselbstständigt, der den Staat als Selbstbedienungsladen und Bürger als unmündige und politisch zu belehrende Beitragszahler betrachtet. Das noch viel Empörendere als die Verschwendung der von Beitragszahlern zwangsweise erhobenen Milliarden ist nämlich die immer dreistere politische Einseitigkeit des Programms. Bei einer Talkrunde im ARD-Magazin „Monitor“ zur Krise der Sender traf Focus-Autor Jan Fleischhauer den Nagel auf den Kopf, als er den linken Moderator Georg Restle fragte, wo denn, im Sinne der Ausgewogenheit, beispielsweise der „Georg Restle von rechts der ARD“ sei. Restle musste verlegen das Thema

wechseln. Das gegen den breiten Willen der Zuschauer stillschweigende Durchsetzen des Gendersprech ist nur ein Beispiel dafür, dass sich die Sender einer rot-grünen Agenda unterwerfen und ihre Neutralität verletzen. Beim britischen Sender BBC wäre es undenkbar, dass sich öffentlich-rechtliche Journalisten permanent politisch derart einseitig äußern, wie es Kollegen von ARD und ZDF ständig, beispielsweise auf Twitter, tun. Dort gilt das strenge Prinzip der impartiality - der Unparteilichkeit, über das ein Office of Communications wacht, wo sich Bürger jederzeit bei Verstößen beschweren können. An der fundamentalen Fehlentwicklung ändert sich also derzeit nichts, vor allem nicht an der seit Jahrzehnten systematisch verstärkten politischen Schlagseite der Sender. Der vom DJV - Deutschen Journalistenverband herausgegebene Journalist berichtete vor zwei Jahren über eine Umfrage unter Volontären von ARD und ZDF. Danach gaben 57,1 Prozent der Nachwuchsredakteure an, für die Grünen stimmen zu wollen. Es folgten die Linkspartei mit satten 23,4 Prozent und die Sozialdemokraten mit 11,7 Prozent. Das linke Lager kommt damit auf mehr als 92 Prozent. Union und FDP kommen beim ARD-Nachwuchs zusammen auf 5,2 Prozent. Von finanziellem Reformwillen ist nichts zu sehen. Die neue Intendantin des Skandalsenders RBB, Katrin Fernau, machte beim Wechsel vom WDR Verwaltungsdirektorium an die Spree einen Gehaltssprung um 50.000 auf 295.000 Euro im Jahr. Die Gelegenheit wurde hier verpasst, ein Zeichen neuer Bescheidenheit zu setzen. Entsetzen herrscht bei vielen Beitragszahlern über die publik gewordenen Luxus-Renten bei Öffentlich-Rechtlichen. Das Spitzenpersonal der Sender erhält dank opulenter Pensionszusagen teilweise über 75 Prozent des vorangegangenen Gehalts, zusätzlich gesetzliche Rente. Ex Focus-Herausgeber und FDP-Rundfunkrat Helmut Markwort wirft den Sendern vor, mit Pensions- und Gehaltszusagen, Zitat: „gute Mitarbeiter von privaten Sendern wegzulocken“. Es ist deshalb zu begrüßen, dass der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke, SPD, einer Gebührenerhöhung eine klare Absage erteilt hat. Und inzwischen wächst erfreulicherweise die Zahl der Länderregierungen, die dieser Position sich anschließen. Worum geht es in dem Medienänderungsstaatsvertrag? Oberflächlich betrachtet werden einige unbedeutende organisatorische Änderungen vorgenommen. Es spricht nichts dagegen, dass ein Sender ein Spartenprogramm ins Internet verlagert, auch wenn dies, wie Tom Buhrow festgestellt hat, nicht automatisch zu Einsparungen führt oder dass die Sender eine gemeinsame Plattform entwickeln. Das ganze Vertragswerk strahlt jedoch schon an dieser Stelle jenes Dilemma aus, in dem

die öffentlich-rechtlichen Sender seit Jahrzehnten stecken. Sie sollen moderne Medienunternehmen sein, sind aber organisiert wie Behörden. Es wird keine Verbesserung eintreten, wenn mehr Papiere produziert werden. Was passieren muss, ist eines: Es muss harter Kostendruck wie in der Privatwirtschaft herrschen. Und die Personen, die mit der Kontrolle der Sender betraut sind, müssen beseelt sein davon, im Sinne aller Beitragszahler zu arbeiten. Wer hingegen staatsnahen, im Zweifel übrigens überwiegend linken, Lobbygruppen verpflichtet ist, die die Mitglieder in diesen Rundfunkgremien entsenden, der stellt keine kritischen Fragen. Dann betont der Staatsvertrag vermeintliche positive Erfahrung im Zusammenhang mit dem Jugendsender funk, der sich in sozialen Medien breitmacht. Daher solle dieses Projekt fortgesetzt werden. Aus meiner Sicht dürfen keine Gebührengelder mehr in dieses politisch einseitige, teils offen linksradikale Jugendprogramm fließen. Schließlich finden wir viele Bekenntnisse zur Meinungsvielfalt, die sich gut anhören. So heißt es, Zitat: „Die Grundsätze der Unparteilichkeit sollen geachtet werden“ oder eine breite Meinungsvielfalt sei darzustellen. In der Begründung heißt es, Zitat: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat zur inhaltlichen Vielfalt beizutragen, wie sie allein über den freien Markt nicht gewährleistet werden kann.“ Tatsächlich ist jedoch genau das Gegenteil der Fall. Nur dank des freien Marktes und der Revolution des Internets wächst Medienvielfalt und wird die Monotonie der Öffentlich-Rechtlichen durchbrochen. Die Digitalisierung ermöglichte eine wahre Gründerzeit neuer und alternativer Medien, die sowohl etablierte private Medienunternehmen als auch Öffentlich-Rechtliche unter produktiven Konkurrenzdruck setzen. Das ist übrigens das für die Demokratie segensreiche Geheimnis von Presse- und Meinungsfreiheit, dass sie blüht, wenn sie möglichst wenig, weder staatlich noch öffentlich-rechtlich, sondern überwiegend aus der Bürgerschaft privat getragen wird. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Stein, für Ihre Ausführungen. Dann rufe ich auf Herrn Tino Sperke von Ostseewelle M-V. Herr Sperke, Sie haben das Wort.

Tino Sperke (Geschäftsführer und Programmdirektor Privatrado Landeswelle Mecklenburg-Vorpommern Verwaltungs GmbH): Ja, auch ich bedanke mich für die Möglichkeit, hier zu Wort zu kommen. Denn ich vertrete ja die zweite Säule des dualen, der dualen Medienordnung in der Bundesrepublik. Und die kommt oftmals ein bisschen zu kurz. Ich vertrete ja im konkreten Ostseewelle. Wir sind Marktführer aktuell im Hörfunk

hier im Bundesland und ähnlich wie der NDR fester Bestandteil der Lebenswelt, vor allem der 14- und 49-jährigen hier im Land und auch ein guter Leuchtturm für Mecklenburg-Vorpommern außerhalb unserer Landesgrenzen. Denn was wir gar nicht wissen, wir sind zum Beispiel die meistgestimmte Landeswelle in Nord- und Ostdeutschland. Also, wir werden oftmals auch von Urlaubern dann mitgenommen in die Heimat und so verbreiten wir dann auch sozusagen in Hessen, Bayern oder Sachsen Urlaubsfeeling. Insofern, wie gesagt, Danke schön, dass auch die private Sicht hier mal dargestellt werden kann. Grundsätzlich können wir konstatieren, dass der Gesetzentwurf in die richtige Richtung geht, aus unserer Sicht verständlicherweise mit Trippelschritten. Wir begrüßen prinzipiell, dass der Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Programme klarer definiert wird, also Bildung, Kultur, Info, Beratung und mit Abstrichen die Unterhaltung. Das kann auch den Öffentlich-Rechtlichen helfen, ein eigenes stärkeres Programmprofil zu schaffen und auch Unterscheidbarkeit zu den privaten Angeboten deutlich zu machen. Was sehr bedauerlich ist, dass im Gesetzentwurf in der Vorlage keine Radio-Themen behandelt werden. Radio ist ebenso ein wichtiger Bestandteil, nicht nur der öffentlich-rechtlichen, sondern auch der privaten Medienwelt in Deutschland. Zum Beispiel fehlt eine Angebotsdeckelung im Online-Audio-Bereich. Also vieles, was wir hier auch heute schon gehört haben, zeigt ja schon und deutet an, logischerweise, dass im Onlinebereich in den nächsten Jahren noch viel mehr passieren wird, als jetzt passiert. Das heißt auch, der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird sich weiter ausbreiten im Onlinebereich und ich glaube, wir wären gut beraten, diese Auftragsdefinition im Gesetz nicht als Auftragserweiterung per se zu sehen, sondern von vornherein zu gucken, wo kann man die Angebote im Onlinebereich deckeln. Denn, das beschneidet natürlich auch die Entwicklungsmöglichkeiten der privaten Medienangebote. Ich würde diesbezüglich gerne auch noch mal auf die Stellungnahme des VAUNET verweisen. Wir sind selbst Mitglied im Verband privater Medien und dort wird dazu explizit ja auch einiges ausgeführt. Prinzipiell ist es ja schon mal zu begrüßen, dass parallel zur Verabschiedung dieses Gesetzes jetzt schon der Vierte Medienstaatsvertrag in Arbeit ist. Und Arbeit gibt es in diesem Bereich eine ganze Menge. Und ich kann nur an Sie appellieren, die digitale Zukunft der privaten Programmanbieter nicht zu vergessen. Denn dazu gibt es in den jetzigen Vorlagen überhaupt gar keine Aussage. Wir sind in einer besonders prekären Situation. Wir haben internationale, schon fast monopolistische, Plattformen im Onlinebereich und auf der anderen Seite den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der monatlich mit Beitragsgeldern ausgestattet

wird. Und in diesem Spannungsfeld, in der Mitte dieses Spannungsfeldes, bewegen wir uns als private Programmanbieter. Und ich kann für Ostseewelle sagen, wir sind ein ganz normales mittelständisches Unternehmen. Und da ist es natürlich schwer, sich dort dieser ganzen Kräfte von beiden Seiten zu wehren und dort standzuhalten in der rasanten Entwicklung, die dort stattfindet. Insofern ist es uns besonders wichtig, dass Sie auch in künftigen Prozessen im Blick behalten, dass es gerade für die privat organisierten Medien wichtig ist, dass im Onlinebereich das Werbeverbot bei den öffentlich-rechtlichen Programmanbietern erhalten bleibt. Was anderes werden Sie jetzt auch nicht von mir erwarten. Wir setzen natürlich auch darauf, dass Sie sich weiterhin angucken, was mit der Werbung bei ARD und ZDF ist, inwiefern dort noch Einschränkungen vorgenommen werden können. Ich muss sagen, wir sind in der guten Lage und das will ich auch mal lobend erwähnen, dass wir, sage ich mal, im NDR-Gebiet ja eine klare und gute Regelung schon im Werbebereich haben, nach denen sich viele in der Bundesrepublik sehnen und die vielleicht auch beispielgebend sein kann für Regelungen in anderen Bereichen der Bundesrepublik. Was wir von künftigen Staatsverträgen auch erwarten, ist ein wirklich ausbalancierter Blick auf die Hörfunk- und Onlineordnung, sowohl bei den privaten als auch bei den Öffentlich-Rechtlichen. Ich habe Ihnen dieses Spannungsfeld eben kurz markiert. Wir können nicht langfristig mit Beitragsgeldern planen. Ich gönne der ARD fast jeden Cent. Das ist eine Säule und eine gute Säule des dualen Mediensystems in der Bundesrepublik. Aber wir sind als privatwirtschaftliche Medienunternehmen darauf angewiesen, dass wir wirklich aus der Situation agieren müssen. Also ich erinnere an Corona, ich erinnere an den Ukraine-Krieg. Da passiert es dann wirklich von heute auf morgen, dass Ausbuchungen im Werbebereich stattfinden und dass Einnahmen fehlen, die fest kalkuliert sind. Und die Kurzfristigkeit im Werbemarkt ist immer deutlicher und macht natürlich eine langfristige Planung schwer möglich für privatwirtschaftliche Unternehmen. Abschließend noch ein Satz zu einem Bereich, der auch oft gar nicht beachtet wird. Das ist nämlich der Bereich der kommerziell organisierten Tochterfirmen bei den ARD-Anstalten. Auch hier erwarten wir in Zukunft doch eine deutlichere Transparenz und einen tieferen Blick hinein in die Aktivitäten, die dort passieren. Denn dieser Bereich ist natürlich auch eine ganz wesentliche Säule im öffentlich-rechtlichen System geworden. Insofern schönen Dank und ich freue mich, dass wir als Private auch zu Wort gekommen sind.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Speke, für Ihre Ausführungen. Damit sind wir am Ende der Einführungsreferate und wir steigen nun in die Fragerunde für die Abgeordneten ein und mir liegt eine erste Wortmeldung vor von Herrn de Jesus Fernandez. Bitte schön.

Abg. **Thomas de Jesus Fernandes**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, und vielen Dank an die Vortragenden und besonderen Dank an Herrn Stein für die deutlichen Worte. Und das war auch uns ein Anliegen, dass man hier mal über Änderungsstaatsverträge redet in diesem Haus. Ich kann mich nicht erinnern, wann hier jemals ein Rundfunkstaatsvertrag oder ein Medienstaatsvertrag, wie es sich gehört nach meinem Dafürhalten, behandelt wird wie eine Gesetzesänderung, wo es unbedingt öffentliche Anhörungen geben muss. Deswegen sind Sie heute hier und deswegen haben Sie die Möglichkeit aufgrund unseres Antrages hier. Das finden Sie sehr gut. Und erst mal vielen Dank, dass Sie bereit waren, hier vorzutragen. Wir haben uns im Vorfeld mit den Stellungnahmen befasst, die schriftlich gekommen sind. Persönlich möchte ich ganz kurz meinen Eindruck zur Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern äußern. Das ist sehr von Beißhemmung getragen, das Schreiben, wenn ich das mal so sagen darf. Wir wissen alle, dass sie in extreme Schieflage geraten sind, die privaten Sender, hier Dringlichkeitsbriefe und Brandbriefe geschickt haben an die Abgeordneten. Aber es gab hier eine Lösung von der Landesregierung und es wurde dort Abhilfe geschaffen. Vielleicht ist es deswegen so seicht formuliert, wenn ich das sagen darf, von der Ostseewelle. Sie hatten in Ihrem Schreiben sich doch etwas konkreter geäußert, und zwar, wenn es um die Angebote im Internet geht und den Bereich Werbung, dass Sie doch dort quasi eingeklemmt werden. Und das sehen wir ja bei den ganzen kleinen Fernsehsendern, die es schon gibt wie SN TV, die alle unter der Medienanstalt angesiedelt sind, dass sie über Jahre schon die Probleme haben, die Sie jetzt noch kriegen werden im Internet. Sie haben nämlich Probleme, Werbepartner zu finden. Sie haben sich ausschließlich über regionale Werbung finanziert auf ihren Seiten und ihren Plattformen. Das ist mit dem Fortschreiten der Medienpräsenz generell im Internet alles ins Hintertreffen gerückt. Und nehmen wir mal an, der Norddeutsche Rundfunk, der ja auch wirbt, wird das in den Mediatheken sicherlich auch irgendwie tun. Und logischerweise ist das auch nicht zu entkoppeln, weil Sie ja auch Werbung anbieten. Welche Firma soll dann bitte noch jetzt zu so einem regionalen Sender gehen und soll sein Werbeangebot dort finanziell erkaufen, wenn er es doch beim großen öffentlichen Rundfunk

haben kann? Ich sehe da eine Gefahr und eine Verdrängung, von den Zeitungen mal ganz abgesehen. Die hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk verdrängt. Und wenn ich mir die letzte Medienstaatsvertragsänderung ansehe, die hier ziemlich kritiklos und ohne Anhörung durchging. Da ging es ja auch um eine Bevorzugung auf allen möglichen Plattformen der Apps des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Also, wenn ich das höre, dann ist es für mich nicht mehr demokratisch, meine Damen und Herren, vortragen vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wenn es da eine Bevorzugung gibt, wo bleibt dann bitte da der Wettbewerb, der tatsächlich Meinungen fördern, soll, aber nicht Meinung bilden, wie Sie das tun. Das wurde ja heute schon erwähnt. Wir setzen immer noch auf den mündigen Bürger, der bitte von allen Seiten informiert werden möchte und das umfassend. Das liefern Sie und leisten Sie nicht laut meinen Beobachtungen der letzten Jahre, sodass der Bürger in die Lage versetzt wird und auch vernünftig gebildet und geschult, sich eine eigene Meinung zu bilden. Und da haben Sie eklatant im Bereich Corona versagt, indem Sie eben nicht auch evidenzbasierte Grundlagen für die Politik gefordert haben, sondern es Einzelmeinungen von Wissenschaftlern waren oder in kleinen Kreisen. Aber es fehlte die ganze Evidenz dahinter. Da fehlte das völlig unkritische Hinterfragen. Jetzt fängt man langsam an, Sachen aufzuarbeiten. Das wäre Ihre Aufgabe der letzten zwei Jahre gewesen. Und ich habe überhaupt keine Kritik, keine selbstkritischen Anmerkungen gehört zu diesem Medienstaatsvertrag. Im Gegenteil, man hat sich hier auf die Schulter geklopft, dass man alles richtigmacht. Ich kriege da Bauchschmerzen. Mir fehlt da der Reformwille generell. Und dazu gehört als allererstes die Einsicht, dass man falsch gehandelt hat. Und es fehlt auch der Wille, sich zu ändern. Weil, wenn Sie sich an Umfragen orientieren und die sehen dann eben trotz Ihrer breiten Medienpräsenz so aus, wie sie aussehen, ist wenig Vertrauen in der Bevölkerung da und auch wenig Wille, dass das so, wie es momentan finanziert wird, weiter finanziert wird. Also, das wollte ich mal so als Statement mitgeben. Dann eine Frage. Es gibt ja Regelungen in anderen Medienhäusern, was Nebentätigkeiten von Journalisten angehen. Und zwar, soweit ich weiß, ist es der WDR. Der hat eine sehr relativ gute Regelung. Da muss eine Nebentätigkeit genehmigt werden von der Cheftage. Das haben wir beim NDR zum Beispiel nicht. Ich habe eine kleine Anfrage gemacht, wie es aussieht mit Aufträgen von Journalisten, von der Landesregierung. Ich finde diese Zahlen nicht gut. Ich weiß nicht, wenn jemand gebührenfinanziert ist, staatsfern sein soll, was ja schon durch die ganze Konstruktion nicht gegeben ist aus unserer Sicht, warum Journalisten dann sich auch noch bezahlen lassen, vermeintlich

besonders in Wahljahren. Und wenn Herr Staatssekretär Dahlemann meint, er versichert, dass die Staatsferne gegeben ist, dann denke ich, ist er genau der Falsche als Auftraggeber, der das äußern sollte. Und da sollte man tatsächlich mal einen Journalisten fragen, der dort aufgetreten ist oder der dort eine Sendung oder ein Format moderiert hat, ob er dann am nächsten Tag über den Herrn Dahlemann noch genauso kritisch gerne berichtet, wo er doch weiß, er könnte im nächsten Jahr wieder dieselbe Veranstaltung für viel Geld moderieren. Das wage ich zu bezweifeln. Vielen Dank.

Vors. **Ralf Mucha:** Ja, bevor ich den Anzuhörenden das Wort erteile, möchte ich Ihre irrtümliche Wahrnehmung etwas zurechtrücken. Die Anhörung ist nicht auf Ihre Initiative durchgeführt worden, sondern auf Antrag der Fraktion der FDP. Wer möchte gerne antworten?

Joachim Knuth: Ich fange sehr gerne an und ja, vielen Dank, Herr Mucha und vielleicht Frau Strobl und der Justiziar des Norddeutschen Rundfunks, Herr Dr. Kühn. Ich will einmal eingehen auf die Werbediskussion. Sie haben dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass wir hier im Norden, was die Linearität angeht, eine Regel haben, die für uns Radiowerbung erlaubt von maximal 60 Minuten, nicht regional untergliedert in einer Welle NDR 2. Das ist ein deutlicher Unterschied zu allem anderen, was es sonst in diesem Land gibt. Und ich glaube, das Kernproblem müssen wir anders beschreiben, als Sie es getan haben. Wir alle stellen gemeinsam fest und das gilt für Radio zumal mehr noch als für Fernsehen, dass wir eine seit Jahren zu beobachtende Abwanderung von Werbung haben ins Netz, also hinein in digitale Angebotsformate. Wir haben für unsere Apps, Mediatheken und Audiotheken, das ist der aktuelle Stand, keine Erlaubnis zu werben. Und das bedeutet, dass wir in der Linearität mit auch eher abnehmenden Werbeumsätzen zu tun haben. Und das haben auch die Kolleginnen und Kollegen, die im Privatfernsehen und im Privatfunk arbeiten. Was die Beobachtung angeht, wie sind wir im Land verwurzelt, haben wir wahrscheinlich naheliegenderweise unterschiedliche Ergebnisse, die wir in diese Runde mitgebracht haben. Ich kann Ihnen sagen, dass wir bei deutlich mehr als zwei Dritteln aller Norddeutschen, in dem, was wir an Parametern und Bewertungsmaßstäben abfragen, höchstes Vertrauen genießen, höchste Glaubwürdigkeit und dass insbesondere geschätzt wird die Vielfalt, die wir in unserem gesamten Programmangebot, in der Regionalberichterstattung, der Information, der Kultur, aber auch der Unterhaltung haben. Und ich glaube,

nur vor diesem Hintergrund ist es doch auch überhaupt erklärbar, dass wir, der Norddeutsche Rundfunk, jede Woche 92 Prozent aller Norddeutschen mit unseren Angeboten auf unterschiedlichen Wegen erreichen. Wenn dieses, was ich Ihnen geschildert habe, nicht existieren würde, dann würde es auch diesen hohen Zuspruch nicht geben. Denn, wenn Menschen sagen, wir wollen es nicht, dann ist es ja geradezu paradox, wenn sie es doch in dieser hohen Dichte nutzen. Und deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir diese Vertrauenswerte und auch das, was wir Journalisten tagtäglich anbieten, auf diesem Niveau werden halten können. Und was die Frage angeht von Nebentätigkeiten, würde ich gerne an den Justiziar geben. Ich will Ihnen sagen, natürlich müssen Festangestellte, wenn sie Nebentätigkeiten wahrnehmen wollen, dieses im Haus genehmigen lassen. Dafür haben wir einen feststehenden Verhaltenskodex. Und für freie Mitarbeitende sieht das anders aus. Das hat aber rechtliche Gründe. Und Herr Mucha, wenn Sie einverstanden sind, dann würde Herr Dr. Kühn ergänzen.

Vors. **Ralf Mucha:** Ja, schönen Dank, Herr Knuth. Gestatten Sie mir, dass ich aufrufe, wegen der Protokollierung, damit die Kollegen im Sekretariat dann wissen, wer gerade seinen Redebeitrag da gehalten hat, und nicht rätseln müssen und die Stimmen analysieren müssen. Ich erteile gerne Herrn Dr. Kühn das Wort als nächsten Redner.

Dr. Michael Kühn (Justiziar beim Norddeutschen Rundfunk): Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vielen Dank. Ich kann gerne bestätigen, dass wir im NDR durchaus Compliance-Regeln haben, die vergleichbar sind zu denen des WDR. Das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Programmangebote ist unsere DNA. Wir leben davon, dass die Menschen uns vertrauen. Zum einen, weil die Programmangebote unabhängig sind, politisch, aber auch wirtschaftlich unabhängig erstellt werden. Und zum anderen, weil wir das Vertrauen benötigen für die wirtschaftliche Gestaltung unserer Inhalte und für die Verwaltung sozusagen im Hintergrund. Das, was Sie ansprechen, betrifft diesen Teil des Vertrauens in die programmliche Gestaltung. Also entsteht durch die Moderation einer Veranstaltung hier unter Umständen eine Beeinträchtigung der journalistischen Unabhängigkeit von Journalistinnen und Journalisten. Und da gibt es zwei unterschiedliche Themenkomplexe. Der eine hat zu tun mit Festangestellten und der andere mit freien Mitarbeitern. Sie wissen sicherlich, dass Nebentätigkeiten von Arbeitgebern nicht per se verboten werden dürfen, sondern dass sie in Ausübung von Artikel 12 natürlich auch genehmigt werden müssen. Das gilt für

Feste wie Freie gleichermaßen. Bei der Frage der Genehmigung von Nebentätigkeiten für Festangestellte hat der Arbeitgeber einen etwas engeren Spielraum, weil hier natürlich nicht nur die Wiedererlangung der Arbeitskraft außerhalb von der Arbeitszeit im Raum steht, sondern auch die Frage der Interessenkollision für bestimmte, dann Nebentätigkeiten, die der Mitarbeitende beantragt. Bei freien Mitarbeitenden sieht es ein bisschen anders aus. Freie Mitarbeitende beim NDR erstellen einzelne Werkleistungen. Sie werden für diese einzelnen Werkleistungen beauftragt. Und der NDR hat gerade wegen der Tätigkeit der freien Mitarbeitenden keine Mitspracherechte in diesem anderen, durch Artikel 12 geschützten, Bereich. Und insofern fällt es uns nicht ganz leicht, Mitarbeitenden, die frei für uns tätig sind, zu untersagen, dass sie andere Nebentätigkeiten aufnehmen oder diese Nebentätigkeiten im Vorhinein zu genehmigen, weil wir sie dann gleichstellen würden denjenigen, die bei uns fest angestellt sind. Hier sind wir in einem rechtlich etwas nicht ganz einfach zu lösenden Umfeld. Das Thema der Nebentätigkeit unterliegt aber auch natürlich einem zeitlichen Wandel, sage ich mal. Vor 10 bis 15 Jahren war es vollkommen klar, dass ein Journalist im Rahmen seiner Amtsführung unterscheiden kann zwischen einerseits der Tätigkeit, zum Beispiel für den NDR oder für die Ostseewelle. Da ist es ja vergleichbar. Oder bei Springer gibt es auch Mitarbeitende, die Nebentätigkeiten ausüben. Also, es war vollkommen klar, dass der Journalist im Rahmen seiner Amtsführung unterscheiden kann zwischen der Tätigkeit für den Arbeitgeber oder den Honorargeber und der Tätigkeit für jemand anders. Das hat sich in den letzten Jahren durchaus gewandelt. Der Anschein einer möglichen Interessenkollision hat auf einmal eine sehr große Bedeutung bekommen in den vergangenen Jahren. Und insofern sind wir gerade bei den Compliance-Regeln für feste und freie Mitarbeitende im NDR dabei, diese Regelungen auch zu verschärfen. Wir haben gerade vor einiger Zeit die Antikorruptionsregeln, in deren Weiterungen dann auch diese Fragen nach der Nebentätigkeit sind, in der Geschäftsleitung überarbeitet und angepasst. Sie sind derzeit bei den Personalrätevertretungen vorgelegt worden. Wir haben jetzt vor einigen Wochen die Zustimmung dazu erhalten. Das heißt, da gehen wir mit dem, sage ich mal, Geist der Zeit und passen unsere Compliance-Regeln dann den entsprechenden Anforderungen an. Denn Compliance ist nicht einmal erledigt, sondern es ist eine Daueraufgabe. Vielen Dank.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Dr. Kühn. Herr Sperke.

Tino Sperke: Ich würde gern noch mal auf den Onlineaspekt eingehen, den Herr Knuth angesprochen hat. In der Tat wird das ja das Aktionsfeld der Zukunft sein. Und wir befinden uns ja auch schon mitten in der Erweiterung der Angebote der öffentlich-rechtlichen Angebote im Onlinebereich. Und deswegen will ich noch mal ganz deutlich sagen, hier muss der Gesetzgeber aus meiner Sicht wirklich ein klares Auge darauf haben. Denn es kann nicht sein, dass quasi mit diesem Medienänderungsstaatsvertrag eine Angebotserweiterung ungedeckt ins Internet freigegeben wird und wir mittlerweile quasi soweit sind, dass öffentlich-rechtliche Programme über internationale Plattformen quasi ihre Angebote ausschütten. Also, hier sollten wir uns fragen, ob es sinnvoll und notwendig ist, dass wir Facebook, dass wir Instagram und Co. quasi von Gesetzgeberseite her verstärken, bloß unter dem Argument, weil es journalistisch notwendig ist. Wir sehen da eher Bedarf an einer eigenen eigenständigen Plattformstrategie und auch an einer Zusammenarbeit, sage ich mal, zwischen Öffentlich-Rechtlichen und Privaten, um wirklich auch diesen internationalen Konzernen etwas entgegen bieten zu können in Zukunft. Und es gibt ja heute auch schon im Onlinebereich Dinge, die zumindest Fragezeichen hinterlassen. Ich will bloß ganz kurz das Streaming-Angebote ARD Plus erwähnen oder auch die Podcast-Vermarktung von öffentlich-rechtlichen Angeboten auf Drittplattformen. Also, das ist sicherlich der erste Fuß in der Tür und das will ich hier so deutlich ansprechen. Wenn da nicht von vornherein darauf geachtet wird, wie dieser Onlinebereich geordnet wird, dann besteht hier wirklich sehr große Gefahr für den privatwirtschaftlich organisierten Medienbereich. Ich denke, die Zukunft, auch im Gegensatz zu den großen Playern aus den USA und Co., kann eigentlich in vielen Bereichen auch nur eine Zusammenarbeit sein, also Kooperationen in neuen Technologiebereichen bei der Distribution. Ich denke da natürlich hier zuerst in Mecklenburg-Vorpommern auch an DAB+, wo wir einfach aufgrund der Struktur dieses Landes in einer Situation sind, dass hier Ungleichgewichte und unfaire Rahmenbedingungen entstehen. Und da könnte man sich auch zwischen Öffentlich-Rechtlichen und Privaten durchaus besser unterhaken, um mal so einen Begriff der Zeit zu benutzen. Und wie gesagt, ich kann Sie nur bitten und auffordern, vor allen Dingen den Onlinebereich im Blick zu behalten in den nächsten Monaten und Jahren, gerade wenn es auch um den Vierten Medienänderungsstaatsvertrag dann geht.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Schönberger. Nun hat sich Frau Oehrich zu Wort gemeldet. Frau Oehrich.

Abg. **Constanze Oehrich**: Danke schön, Herr Vorsitzender. Ich habe zuerst mal nur eine Frage an Herrn Knuth und Frau Strobl. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben ja nach dem Medienstaatsvertrag die Aufgabe, ein Gesamtangebot für alle zu unterbreiten. Das haben Sie auch in Ihren Stellungnahmen noch mal ausgeführt. Meine Fragen gehen so ein bisschen in die Richtung: Wie soll das genau erreicht werden? Und wird sich dieses Ziel auch in der Besetzung der, zum Beispiel der Kontrollgremien widerspiegeln? Gibt es unter denen aus MV, zum Beispiel in den NDR Rundfunkrat entsandten Vertreterinnen und Vertretern, Personen mit, zum Beispiel, Migrationsgeschichte oder etwa Menschen mit Behinderungen? Das ist so ein Fragenkomplex. Und dann, Frau Strobl, weil Sie es angesprochen haben, die Wettbewerbsfähigkeit. Inwiefern ist sozusagen dieser Anspruch, ein Angebot für alle unterbreiten zu wollen, Hinderungsgrund oder sogar Förderung der Wettbewerbsfähigkeit?

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau Oehrich. Dann würde ich als erstes Frau Strobl das Wort erteilen.

Christine Strobl: Ja, vielen Dank, Frau Oehrich. Ich empfinde es als, also es ist notwendig. Wir müssen ein Angebot für alle machen, weil wir von allen Beiträge auch bekommen wollen und bekommen. Und insofern halte ich das für eine Voraussetzung. Ich gebe aber auch selbstkritisch zu, wir haben da in den letzten Jahren auch Nachholbedarf, insbesondere bei jüngeren Menschen, die wir nicht mehr ganz so erreicht haben, wie wir das wollten. Aber ich sage das auch kritisch in Richtung migrantische Milieus und ähnliches. Aber das ist für uns jetzt eine große Chance, eben auch die neue Form der Mediathek und der Verbreitung über die Mediathek zu nutzen, weil wir viel spezifischere Angebote machen können. Wir dürfen aber auch dabei, das sage ich auch immer ganz offen, nicht aus dem Blick verlieren, dass die Bevölkerung sich aus Stadt und Land zusammensetzt und wir auch gerade ländliche Gebiete ganz stark und wieder stärker vielleicht auch in den Blick nehmen müssen. Jochen Knuth hat vorhin das Mittendrin in den Tagesthemen angesprochen. Wir sind gerade an einem großen Projekt dran, wie wir in der Mediathek regionale Inhalte spannend national auf-

bereiten können. Und ich glaube, das sind Möglichkeiten, die wir da haben, dass sozusagen aus Mecklenburg Vorpommern, aber eben auch - ich komme aus dem Süden - aus Bayern oder aus Hessen oder irgendwoher Inhalte so erzählt werden, dass sie in der Mediathek eine Rolle spielen können. Das sind veränderte Formen, die wir dazu brauchen. Ich empfinde es als große Chance. Und ich glaube auch, dass wir für eine ländliche, jüngere Bevölkerung ein Angebot schaffen müssen. Aber wir müssen auch für migrantische Milieus und überhaupt jüngere Zielgruppen eine schaffen. Und ich halte das für einen Vorteil im Wettbewerb. Natürlich sind die Älteren in der Masse mehr Menschen. Aber da ist die Mediathek eben eine Chance, weil sie zielgruppenspezifischere Angebote machen können. Das sagen wir ja immer wieder. Das heißt, Sie können, Sie müssen nicht wie, im Ersten Deutschen Fernsehen haben wir immer den Anspruch, ein Angebot auch zu machen, was sich an eine Mehrheit der Bevölkerung richtet, weil wir ein Vollprogramm sind nach Auftrag und in der Mediathek können wir eben spezifische Angebote machen. Ich nehme jetzt mal ganz extrem sowas wie Asbest, was wir als Serie erzählt haben, aber das betrifft auch Informationsangebote und ähnliches. Ich finde, auch noch einen Aspekt, vielleicht die Mediathek, insofern auch noch mal die Chance, die uns der Dritte Medienänderungsstaatsvertrag da auch gibt, dort stärker darauf zu setzen. Weil es ist vorhin auch so kritisch angesprochen worden, wir haben keine Einsparung oder Veränderung vorgenommen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben im letzten Jahr auf jeden Fall eine wirklich gigantische Umwidmung von Programmmitteln eben genau dafür aufgewendet, um diesem neuen Anspruch, nämlich in der Mediathek ein eigenes Angebot zu machen, auch gerecht werden zu können. Wir haben das berechnet und wir sind in einem hohen, ungefähr bei 150 Millionen, wo wir jetzt schon im Gemeinschaftsprogramm Umschichtungen vorgenommen haben. Das heißt, es ist überhaupt nicht so, dass sich nichts tut, sondern wir sind mitten in einem riesigen Veränderungsprozess. Und den halte ich aber auch für essenziell, weil gerade im digitalen Zeitalter ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk extrem wichtig, weil er eben ohne Bezahlschranke und ohne Datenhandel - Sie sind in der ARD-Mediathek, sind Ihre Daten sicher, können Sie unabhängige Berichterstattung statt Fake News gewährleisten. Und natürlich kann man immer sagen, wir sind nicht unabhängig und objektiv. Das kann man einfach behaupten, aber dann muss man es auch irgendwie belegen. Das einfach nur zu behaupten, macht es nicht richtig. Die Redaktionen haben eine hohe Unabhängigkeit und insofern ist, glaube ich, dieser Austausch,

der über die Mediathek stattfinden kann und der Zusammenhalt die viel klügere Variante, als sich in abgeschotteten Filterblasen aufzuhalten. Und deswegen ist es auch so wichtig, dass wir Geschichten und Nachrichten aus Deutschland dort erzählen können. Und eben nicht nur auf die Schwemme von Nachrichten von internationalen Konzernen, die immer wirtschaftliche oder politische Interessen haben und eben nicht unabhängig sind, angewiesen zu sein. Insofern ist die Mediathek allumfassend, eine riesige Möglichkeit, wieder alle zu erreichen. Und deswegen sehe ich es als Vorteil und nicht als Nachteil im Wettbewerb. Ich will aber auch ausdrücklich sagen, ich halte das System, was wir in Deutschland haben, aus privaten und öffentlich-rechtlichen Anbietern für eines, was sich bewährt hat und was gut ist. Man muss aber schon sagen, dass das Profil eines öffentlich-rechtlichen Anbieters auch ein anderes ist, auch ein anderes sein muss. Wir haben einen viel, viel höheren Informationsanteil als private des haben können, weil sie eben auch wirtschaftlichen Interessen unterliegen. Und das ist auch gut so und deswegen ist der Anteil von über 40 Prozent Information richtig und wichtig und muss eher ausgebaut als zurückgefahren werden.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau Strobl. Herr Knuth.

Joachim Knuth: Ja, Frau Oehlich, ich will auf Ihre weiteren Fragen eingehen und noch mal darauf hinweisen, dass wir ja, und das greift auch Mediengesetzgebung auf, vor einer besonderen Herausforderung stehen. Wir müssen und wollen versuchen, dass wir Inhalte und Erzählformen dieser Inhalte und Ausspielwege und Zielgruppen so übereinandergelegt bekommen, dass wir die Gesamtbevölkerung adäquat erreichen. Und das bedeutet, dass es einmal geht um die Perspektivenvielfalt und die Betrachtungswinkel. Ich habe vorhin gesagt, es geht um Stadt und Land. Es geht um die Frage, ob jemand arbeitet in der konventionellen Landwirtschaft oder in der digitalen Wissensökonomie eines Startups. All diese unterschiedlichen Belange müssen wir in unserer Berichterstattung und Erreichbarkeit berücksichtigen. Und auf der anderen Seite wird vieles geschehen über Technik, sodass wir Ausspielwege und Inhalte nicht mehr getrennt voneinander denken können. Ich will Ihnen ein Beispiel geben. Unsere stärkste prominenteste Marke der Tagesschau, die jeden Tag eine zweistellige Millionen-summe erreicht mit ihrem 20:00 Uhr-Angebot. Und wir wissen heute gleichwohl, dass ungefähr eine relativ hohe einstellige Millionenzahl noch einmal über andere Aus-

spielwege hinzukommt. Diese Spreizung der Tagesschau geht inzwischen von 23 Jahren im Durchschnittsalter der Angebote bei TikTok und 1,4 Millionen Abonnentinnen und Abonnenten bis hin zum Durchschnittsalter knapp über 65 im NDR Fernsehen. Und auch dort sehen jeden Tag mehr als 1 Million die Tagesschau um 20:00 Uhr. Und dazwischen liegt die ganze Welt, in der wir uns heute bewegen, Instagram und Youtube und die App und tagesschau.de und die Mediathek und das Erste, sodass wir am Ende eine Erreichbarkeit von vielen Millionen Menschen tagtäglich sicherstellen über ganz viele unterschiedliche und wachsende Ausspielwege. Und das wird für ganz vieles gelten, was wir künftig machen. Frau Strobl hat auch auf die besonderen Erzählformen und Angebote und Zielgruppen in der Mediathek hingewiesen. Und insofern werden wir die Welt auch vielschichtiger denken müssen als bisher, wo Radio und Fernsehen unsere Bezugspunkte der Arbeit waren. Was die Frage der Gremienbesetzung angeht, ist die ja in den Staatsverträgen zwischen unseren vier Ländern festgeschrieben. Und die Frage, die Sie konkret gestellt haben, richtet sich dann ja auf das Entsendeverhalten der Verbände, die dort aufgefordert sind zu benennen. Insofern geschieht das nicht mit der Geschäftsführung des Norddeutschen Rundfunks, sondern ist vollkommen unabhängig zu sehen der 58 beauftragten Rundfunkräte, die dann ja aus ihrer Mitte den Verwaltungsrat wählen. Und insofern ist das eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die auch viel damit zu tun hat, wen entsenden Verbände und ist man am Ende sicher, dass man dort auch den Altersdurchschnitt und den soziodemografischen Durchschnitt einer Gesellschaft in vielfältiger Weise abbildet.

Vors. **Ralf Mucha:** Schönen Dank, Herr Knuth. Herr Stein hat sich noch gemeldet, Herr Stein.

Dieter Stein: Es ist die vierte Anhörung, bei der ich jetzt bin nach Sachsen, Brandenburg und Niedersachsen. Und ich finde, ich erlebe so einen roten Faden. Die Asymmetrie zwischen Öffentlich-Rechtlichen und Privaten. Also die Privaten, Sie haben sich von der Ostseewelle bedankt, dass Sie überhaupt gehört werden. Das heißt also, dieses Machtgefälle zwischen dem öffentlich-rechtlichen Block, der sich marktwirtschaftlichen Gesetzen einfach nicht stellen muss, sondern auf Zwangsgebühren beruht. Und man hört auch aus keiner einzigen Wortmeldung heraus, dass es überhaupt mal auf die Idee kommt, mit weniger auszukommen, sondern im Hintergrund herrscht ständig die Erwartung, dass noch mehr Geld locker gemacht wird für diesen Apparat. Frau

Strobel spricht davon, dass es immerhin Umschichtungen gegeben hat. Das heißt, es wurde nicht eingespart, sondern man verwendet die auf Knopfdruck verfügbaren Mittel für andere Investitionen. Ich will nur daran erinnern, wir haben jetzt gerade die Meldung gehabt, beim Springer Verlag gibt es massive Einsparungen und einer der direkten Mitbewerber der Öffentlich-Rechtlichen, RTL, dem der Gruner und Jahr gehört, stellt 23 Magazine ein und entlässt 500 bis 700 Mitarbeiter, weil die sich dem Markt stellen müssen und anders die Onlinestrategie nicht finanzieren können. Und das ist einfach, das muss man mal zur Kenntnis nehmen, dass das im Grunde genommen so nicht weitergeht. In Italien finanziert sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk über 2,5 Milliarden, in Frankreich 2,9 Milliarden und wir steuern hier auf 10 Milliarden zu. Und Frau Strobl hat gerade gesagt, das fand ich ganz bemerkenswert, in so einer Nebenbemerkung, als ob Fake News nur von privaten Medien drohen würde und nicht von den öffentlich-rechtlichen. Da mache ich mal ein großes Fragezeichen dahinter. Und auch auf das Thema Filterblasen, die angeblich nur aus den privaten oder aus dem privat finanzierten Internet. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, das müssen Sie sich bewusstmachen, ist eine riesige Filterblase. Ich habe es gesagt, es gibt die Untersuchung vom DJV, was die Ausbildung der Volontäre beim öffentlichen Rundfunk angeht. Das Problem wollen Sie anscheinend überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen, dass Sie unfähig sind, die Bevölkerung angemessen zu repräsentieren, sondern dass es völlig selbstverständlich ist, dass Sie eine rot-grün dominierte Redaktionslandschaft haben. Und sie reden davon, welche Minderheiten repräsentiert werden sollen. Sie müssen sich die Frage stellen, ob sie in der Lage sind, die normale Bevölkerung zu repräsentieren und nicht irgendwelche Großstadtmilieus, abgehobene Großstadtmilieus, die Sie hier integrieren wollen. Also da müssen und ansonsten, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt die Akzeptanz abhandeln. Wenn Sie wollen, dass weiterhin diese Milliarden sprudeln, dann müssen Sie auch wirklich auf die Bevölkerung zugehen und von progressiv bis konservativ die Leute auch angemessen repräsentativ zu Wort kommen lassen. Dass die AfD beispielsweise, ist nur ein kleines Beispiel, dass die AfD konsequent bei öffentlich-rechtlichen Talkshows systematisch boykottiert wird. Diese Frage müssen Sie mal beantworten, warum das der Fall ist. Das heißt, da geht es nicht demokratisch zu.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Stein. Als Nächstes habe ich Frau Enseleit – Frau Enseleit.

Abg. **Sabine Enseleit**: Ja, vielen Dank für das Wort. Ich habe in der Tat mehrere Fragen, aber ich fange jetzt mal mit der ersten an. Grundsätzlich, das mal vorweg, das wird Sie nicht wundern, habe ich mit dem Begriff der Wettbewerbsfähigkeit beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein bisschen ein Problem, weil wir eben keine Gleichheit des Wettbewerbs haben. Das eine wird eben zwangsfinanziert und die privaten Anbieter eben nicht. Und insofern wäre da auch noch mal die Frage. Herr Knuth, Sie haben das vorhin erwähnt, Sie haben gesagt, die Zukunft liegt im lokalen, im regionalen Fernsehen. Wir haben vorhin schon gehört, dass gerade die regionalen Anbieter, die TV-Anbieter, ein Riesenproblem haben durch die wegbrechenden Werbeeinnahmen. Das haben wir jetzt auch schon von der Ostseewelle gehört. Das ist ja die Quelle, über die sich die privaten Anbieter hauptsächlich finanzieren. Das wird sich aus meiner Sicht auch in Zukunft nicht ändern. Diese Quelle wird aus meiner Sicht dauerhaft versiegen. Insofern ist die Frage, inwieweit kann man es schaffen, trotzdem noch ein privates Angebot zu unterstützen? Und das wurde jetzt auch schon angesprochen, dass es eventuell Kooperationen geben könnte. Deswegen wäre jetzt meine Frage an Sie, Herr Knuth, inwieweit schon angedacht ist oder das vielleicht eine Überlegung wäre, gerade im Falle der regionalen TV-Sender vielleicht über Kooperationen nachzudenken, um auch diesen privaten Anbietern, die tatsächlich in dem schwierigen Wettbewerbsumfeld sich bewähren müssen, auch eine Möglichkeit zu geben, ihr Angebot weiterzuführen, was ja durchaus auch eine Berechtigung hat im Markt. Also diese Angebote sind ja notwendig, weil es eben noch mal eine Ebene unter dem regionalen Fernsehen ist. Und insofern wäre meine Frage, inwieweit es da Überlegungen gibt. Es gibt andere Bundesländer, die machen das schon. Vielleicht haben Sie dazu auch schon Ideen.– Danke schön.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau Enseleit - Herr Knuth.

Joachim Knuth: Ja, vielen Dank, Frau Enseleit. Lokal, nein, wir wollen nicht in lokale Märkte. Das ist uns auch gesetzlich gar nicht erlaubt. Ich habe gesagt, das Regionale wird an Bedeutung gewinnen und das will ich noch mal begründen. Das Regionale wird an Bedeutung gewinnen, weil ein Großteil dessen, was gesellschaftliches Zusammenleben und Perspektivenvielfalt ausmacht, sich im Regionalen niederschlägt. Wir erleben das. Ich bin in den vergangenen Wochen in unseren Studios in Greifswald und Neubrandenburg und in Rostock gewesen, und ich weiß, dass die Betrachtungswinkel,

die dort auf gesellschaftliches Zusammenleben existieren, andere sind als in Großstädten. Und deshalb ist es richtig, wenn wir die Vielfalt auch immer wieder ausrichten nach dem Wechselspiel und des täglichen Ausbalancierens zwischen dem, was in Hamburg-Ottensen oder in Hannover-Linden auf der einen Seite existiert, und den ländlichen Regionen in Heide, in Anklam, in Demmin. Ich glaube, dass wir dort eine besondere Form von Traditionsverbundenheit und Nachvollziehbarkeit schaffen. Auch als Reaktion auf das bisweilen Verstörende, was Digitalisierung und Globalisierung mit sich bringen. Und deshalb ist es uns wichtig, dass wir diese Regionalberichterstattung und das ist ein Teil auch des besonderen Auftrags der ARD als einer Gemeinschaft von Landesrundfunkanstalten, dass wir dies besonders im Auge behalten und auch diejenigen mit Information versorgen, die um 19:30 Uhr nicht das Nordmagazin schauen würden. Aber gleichwohl sagen, die Inhalte, die dort aufgerufen werden, die würden wir nutzen, nur nicht auf diesem traditionellen Weg. Was das Zusammentun mit Verlagen angeht, war meine Initiative, die und das wird auch beispielsweise durch einige große Verlagsgruppen in Norddeutschland genutzt, dass wir gesagt haben, wenn Verlage für ihre Onlineangebote möchten, dass sie an unserem besonders teurem und das ist ja im Markt besonders teuer, Bewegtbildangebot partizipieren, dann stellen wir das kostenfrei zur Verfügung. Und das bedeutet, dass auf den Onlineseiten von Verlagen auch Bewegtbild des Norddeutschen Rundfunks angeboten werden kann und sogar hinter der Bezahlschranke, in der Absicht, dass wir dort diese Angebote von Regionalanbietern attraktiver machen. Denn wir haben am Ende ein evidenten Interesse daran, dass Regionalberichterstattung von Verlagen erfolgreich bleibt. Wir wissen nämlich, dass sich die Nutzer von Verlagen und von uns in hohem Maße überschneiden. Und wenn wir Interesse haben an einem offenen, demokratischen Meinungs- und Willensbildungsdiskurs, dann sitzen wir an dieser Stelle in einem Boot. Und ich bin selbst auch in der ARD in der Gruppe, die mit dem BDZV regelmäßig genau über diese Fragen redet. Auch über die Fragen: Sind wir zu eng an Märkten dran, die eigentlich Zeitungen für sich reklamieren? Also Ihr Stichwort des Lokalen, von dem ich sage, das ist im NDR kein Thema, zumal hier nicht in Mecklenburg-Vorpommern. Aber das Zusammenarbeiten ein Instrument der Zukunft sein muss, um eine freie Presse und einen freien öffentlich-rechtlichen Rundfunk erfolgreich zu halten, davon bin ich überzeugt.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Knuth. Dann habe ich als Nächstes Herrn Reinhardt.

Abg. **Marc Reinhardt**: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich würde mich noch mal DAB+ und dem Multiplex des NDR nähern wollen. Ostseewelle hat es ja in ihrer Stellungnahme angesprochen. Da sind wir ja seit Jahren bemüht, dass auch ein privater Radiosender hier mit senden kann. Wer das weiß, immer mehr Autoradios laufen ja nur noch über DAB+. Und dann ist das natürlich auch, man kann schon fast sagen, eine Überlebensfrage. Und seit Jahren gibt es ja da auch Postverkehr. Die Staatskanzlei ist immer sehr reserviert. Deshalb wäre an Herrn Sperke mal meine Frage: Wie weit ist da das Verfahren? Ist da irgendwie Land in Sicht? Und da wir heute einen Intendanten des NDR hier haben, wäre an Sie mal die Frage: Können Sie vielleicht dazu beitragen, dass dieser gordische Knoten mal durchschlagen wird? Es gibt ja, hieß es mal, es sei kein Platz auf dem Multiplex. Mehrere Untersuchungen haben ja gezeigt, dass dem nicht so ist. Und ich glaube, irgendwie ist es am Ende so, wenn ich das Gesetz richtig verstehe, dass am Ende der Innenausschuss entscheidet, wenn sich dort nicht geeinigt werden kann. Das wäre ja sehr unschade und ich wäre sehr daran interessiert. Mehrere Abgeordnete kennen das Thema ja hier im Haus, dass wir da jetzt auch mal kurzfristig zu einer für alle Seiten zufriedenstellenden Lösung kommen. Vielen Dank.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Reinhardt - Herr Sperke.

Tino Sperke: Ja, das wäre eigentlich ein abendfüllendes Programm. Ich versuche es mal ganz, ganz kurz zu machen. Sage ich mal es gibt, glaube ich, strukturelle und nachvollziehbare Gründe, warum Mecklenburg-Vorpommern noch zu den Bundesländern gehört, in denen es kein DAB+ für private Programmanbieter gibt. Das hat einfach damit zu tun, dass das eine Infrastruktur ist, die aufgebaut werden muss, privatwirtschaftlich aufgebaut werden muss und die sich dann auch für den, der das investiert, tragen muss. Ob es so viele Interessenten für den Markt hier gibt, ist schwer zu beurteilen. Insofern ist uns jetzt in den letzten zwei, drei Jahren schon eine Menge Zeit davongelaufen und deshalb haben wir auch mit Interesse verfolgt, was in Schleswig-Holstein eine Zeit lang passiert ist, jetzt bis zum April. Dort gab es ja auch lange Zeit kein eigenständiges DAB+-Netz, keine technische Infrastruktur. Also wir reden jetzt

wirklich von den Sendemasten und Sendern und so weiter und dort hat der private, der größte private Sender in Schleswig-Holstein, RSH, ich denke mal zwei, drei Jahre ungefähr über den Multiplex des NDR gesendet und insofern war das natürlich auch eine aus unserer Sicht nachvollziehbare Idee, auch in Mecklenburg-Vorpommern die Lücke zu schließen, nämlich zwischen dem Zeitpunkt jetzt und dem Zeitpunkt in drei, vier Jahren, in dem wir dann vielleicht in Mecklenburg-Vorpommern auch eine eigene technische Infrastruktur für DAB+ haben. Der NDR beurteilt das anders, sagt, es gibt keinen Platz auf dem Multiplex. Wir haben Techniker aus anderen Bundesländern, die also auch hier keine Kontakte zum NDR haben und da irgendwie in Verruf geraten könnten, dort irgendwie nur auf unserer Seite zu stehen. Die haben wir gebeten, sich das Ganze mal anzugucken und wir kommen immer wieder zu einem Ergebnis. Wenn ein Wille da wäre, wäre es technisch möglich, Ostseewelle dort auf DAB+ senden zu lassen für einen Übergangszeitraum als Brückenlösung. Natürlich kann man auch von Seiten des NDR sagen, wir haben so hohe Schutzfaktoren und so hohe Qualitätsansprüche, aber die sind teilweise zu vergleichen mit den Szenarien von Meteoriteneinstürzen in Mecklenburg-Vorpommern. Und ich glaube, dass - also das wären technische Kapazitäten, die dort ein bisschen gesenkt werden, die für das menschliche Ohr gar nicht wahrnehmbar wären. Insofern sagen alle, die mich beraten, die uns beraten, wenn ein Wille da wäre, könnte man dort auch eine Brückenlösung schaffen, pragmatisch für ein Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern, das nun mal sehr viel Fläche hat und sehr viel erst mal eine Grundinfrastruktur verlangt. Und der NDR gönnt sich diese Struktur schon seit über zehn Jahren für Gebührengelder. Und das muss man ja auch mal sagen.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Sperke - Herr Knuth.

Joachim Knuth: Ja, vielen Dank, Herr Sperke. Das haben Sie richtig beschrieben. Ich will, Herr Reinhardt, noch mal auf den zentralen Punkt Ihrer Frage kommen: Mangelt es dem Norddeutschen Rundfunk an dieser Stelle an politischem Willen, zusammenzuarbeiten? Nein, das tut es nicht. Denn sonst hätten wir in Schleswig-Holstein diese von Herrn Sperke erwähnte Zusammenarbeit ja nicht vor vielen Jahren begonnen. Sondern wir haben eine andere technische Einschätzung und ich bin gerne bereit, wenn es neue Erkenntnisse gibt, über das hinaus, was jetzt auf dem Tisch liegt und was ja auch immer wieder im Beisein der Landesmedienanstalt diskutiert wird, noch

einmal neu zu bewerten. Ganz am Ende, glaube ich, steht eine andere Frage, nämlich eine politische Grundsatzfrage. Wir, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, wissen, dass die Finanzierung des Betriebs von UKW und DAB+ endlich ist. Das heißt, wir werden irgendwann durchs Nadelöhr gehen und sagen: Wie sieht die Radioversorgung der Zukunft aus, wenn es um eine Angebotsstruktur geht, die linear ist, aber nicht mehr analog, sondern digital? Und in Schleswig-Holstein wissen wir, dass dort eine Diskussion und Herr Sperker weiß das auch, läuft, die in eine andere Richtung geht: Müssen wir uns irgendwann politisch verabschieden von UKW? Das ist eine Frage, die in 16 Ländern sehr unterschiedlich diskutiert wird. Und noch mal, der politische Wille bei uns, und das war ja Ihre Frage, der ist da. Es gibt eine unterschiedliche technische Einschätzung und es gibt natürlich jetzt auch in den vier norddeutschen Ländern eine unterschiedliche Lage. Sie haben das erwähnt, Es gibt private Mux-Angebote, in Hamburg mehr als in allen anderen, in Niedersachsen und in Schleswig Holstein und hier in Mecklenburg-Vorpommern nicht. Und wenn man jetzt ein Commitment finden würde, um zu sagen politisch, wir wollen irgendwann mit der gesamten Branche, der gesamten Radiobranche, auf den Wechsel hin zu einer Versorgung über DAB+, unter Aufgabe von NDR, von UKW zu machen, dann hätten wir, glaube ich, eine andere Ausgangssituation in der Diskussion, als wir sie heute haben. Und das ist ein bisschen dieser Schwebezustand, in dem wir uns befinden. Aber ich biete gerne noch mal an, wenn es diese Erkenntnisse gibt, neue, die noch nicht auf dem Tisch liegen, dass wir uns damit noch mal befassen. Nur die Grundsatzfrage, die dahintersteht, die wird damit nicht beantwortet werden.

Vors. **Ralf Mucha:** Ja, schönen Dank, Herr Knuth. Bevor ich Herrn Sperke das Wort erteile, Herr Reinhardt, in einer Sache kann ich Ihnen recht geben, dass es ein zähes Verfahren ist. Aber bei der anderen Seite kann ich Ihnen sagen, dass es demnächst einen Termin geben wird, wo wir sowohl den NDR als auch die Ostseewelle einladen werden und noch mal die aktuellen Fakten auf den Tisch legen wollen. Das wollte ich nur sagen, bevor Herr Sperke sich meldet. Ich habe versucht, sie telefonisch zu erreichen, zweimal, aber das können wir nachher gerne noch mal besprechen. Da wird es noch mal eine Runde geben und das Interesse des NDR ist bekundet worden. Ich habe mehrere Mails dazu vorliegen. Die Staatskanzlei hat sich bereit erklärt, das zu moderieren beziehungsweise den Veranstaltungsort zur Verfügung zu stellen. Und ich denke, dass wir dann da im Zehn- oder Zwölf-Augen-Gespräch noch mal, wie gesagt,

alle Fakten und alle Neuheiten auf den Tisch legen können und vielleicht im Sinne der Privatrechtlichen auch eine Lösung finden. Das kann ich hier und will ich hier nicht versprechen, aber mich würde noch mal dann der Stand, wie wir es gerade gesagt haben, der aktuelle Stand interessieren und welche Wege wir da gemeinsam gehen. Aber Herr Sperke hat sich noch gemeldet.

Tino Sperke: Ich wollte das Thema UKW jetzt hier nicht so im Raum stehen lassen. Also für uns als privater Anbieter ist UKW erst mal unsere Grundverbreitungsform. Und ich bin auch fest davon überzeugt, dass wir noch längere Zeit UKW benötigen, um wirklich die Marktdurchdringung zu haben, die wir aktuell haben. Denn im Umkehrschluss würde das bedeuten, sage ich mal, dass jeder gezwungen wird, auf kurz oder lang sein gutes, geliebtes 20 Jahre altes UKW-Radio aus der Küche zu schmeißen und durch ein neues zu ersetzen. Es wäre sozusagen ein Zwangsumtausch alter Radiogeräte. Nichtsdestotrotz, sage ich mal, gibt es nun mal diesen zweiten terrestrischen Verbreitungsweg DAB+ jetzt, der auch seine Schwächen hat. Und wir werden natürlich auch die Entwicklung online noch mit Staunen verfolgen in den nächsten Jahren. Vielleicht reden wir dann irgendwann gar nicht mehr über DAB+, aber diese Form der terrestrischen Doppelversorgung, UKW und DAB+, ist aus Sicht der privaten Anbieter für die nächsten Jahre eigentlich unverzichtbar.

Vors. **Ralf Mucha:** Schönen Dank, Herr Sperke. Dann habe ich, ja, das habe ich auf der Liste, Herr Reinhardt. Danke für den Hinweis. Dann habe ich als nächsten Herrn de Jesus Fernandes.

Abg. **Thomas de Jesus Fernandes:** Vielen Dank, Herr Mucha. Ich will einfach noch mal darauf zurückkommen, weil hier viel geredet wurde von dem Auftrag, dem demokratischen Auftrag, die Demokratie zu sichern. Sie haben sich quasi als Gralshüter hier hingestellt der Demokratie, haben allerdings den ganzen Privaten damit das auch abgesprochen. Also dem möchte ich erst mal widersprechen, dem ist nicht so. Und nun hat Frau Strobl von Filterblasen gesprochen und Fake News. Ja nun, sind Sie nicht selbst mal der Meinung, dass Sie selber Filterblasen erzeugen, wenn Sie dann eben in Polit-Talkshows zum Beispiel die AfD gar nicht einladen, zum Beispiel hier eine politische Größe ist, zum Beispiel in Ostdeutschland auf Nummer eins, dann passt das für mich überhaupt nicht zusammen. Dann erzeugen Sie oder dann drängen Sie Leute

in Filterblasen, wenn Sie eben so agieren in Ihrem ganzen Sendeprozess. Oder wenn Sie einen Tatort drehen lassen, wo „Fuck AfD“-Aufkleber zum Beispiel da irgendwo bereitwillig gesendet werden oder so, dann sagt das mehr aus über Sie, als Sie möchten. Und wir haben ja schon mal über Ihre politischen Tendenzen bei Ihren Mitarbeitern gesprochen. Und das wird dann aber auch erst bemängelt, wenn der Rundfunkrat dann in die Bresche springt und eine Beschwerde einreicht. Das ist nicht offensichtlich, niemandem am Set, das dort dieser Aufkleber ist. Also das können Sie jemandem erzählen, der sich die Hose mit der Kneifzange anzieht. So, dann haben wir einen, der letzte Tatort, der ging ja, der wurde ja zerrissen, auch auf Twitter, und das auch zu Recht. Und zwar ging es ja da um Racial Profiling und um die Rolle der Polizei bei uns in der Bundesrepublik. Und, meine sehr geehrten Herren, ich glaube, da gefährden Sie sogar Ihren demokratischen Auftrag und die demokratische Sicherheit im Land, wenn Sie solche Stimmung machen gegen unsere Sicherheits- und Ordnungsbehörden mit frei erfundenen Geschichten. Das macht Stimmung. Das ist das, was Sie einigen anderen Protagonisten bei uns im Land vorwerfen. Aber das machen Sie und das kann so nicht sein. Also das ist eine einseitige Sichtweise, die zieht sich hier durch die Gegend und wer soll das kontrollieren im Rundfunkrat. Aktuell haben wir im Rundfunkrat bei uns beim NDR, wer sitzt da als politischer Vertreter? Mal davon abgesehen, dass da eigentlich gar keiner drinsitzen sollte. Da sitzen zwei SPD-Abgeordnete. Wo ist da die politische Kontrolle? Wo ist die vierte Gewalt? Und dazu haben Sie recht wenig ausgeführt. Ich möchte gerne Ihre Haltung dazu wissen und Ihre Stellung. Sie reden so viel von Haltung. Wo ist sie da? Wo ist der Kontrollwille der Regierung, das Hinterfragen von Maßnahmen und Aktionen auch mal, wenn es um Skandale und et cetera. Es geht, es gibt ja nicht mal mehr. Früher hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk dafür gesorgt, dass Herr Guttenberg gehen musste, weil der transportiert hatte, was da passiert ist, zum Beispiel. So was passiert gar nicht mehr. Man hat den Eindruck, sag ich mal, der kann ja täuschen, aber der Eindruck ist einfach da und in der Bevölkerung auch. Und wenn Sie sagen, von 80 Millionen Menschen gucken immerhin 2 Millionen die Tagesschau, dann haben Sie die breite Schicht der Bevölkerung ja erreicht. Wenn Sie, ja, dann sagen Sie mal einfach dazu was, was die Regierungskontrolle angeht, die sehe ich nicht in den letzten Jahrzehnten. Ich sehe eher ein Vorwerfen und eine schützende Haltung, sobald ein Kritiker Denkanstöße gibt in irgendwelche Richtungen oder auch Wissenschaftler, haben wir es erlebt, gerade bei Corona, dass diese Leute

sogar noch diffamiert werden, mundtot und sozial getötet werden durch Berichterstattung. Das kann nicht sein. Nicht in einem demokratischen Land.

Vors. **Ralf Mucha:** Ja, ich sehe die Fragestellung an Frau Strobl und Herrn Knuth. Ich würde Frau Strobl dann das Wort erteilen.

Christine Strobl: Ja. Also, ich, Sie haben ja, Sie greifen ja einzelne Beispiele heraus, die ja auch in der Öffentlichkeit immer wieder zitiert werden und die dadurch ja nicht richtiger werden, weil man sie ständig nach vorne trägt. Das ist ja völlig richtig. Sie haben eine Umfrage unter Volontärinnen und Volontären zitiert und leiten daraus eine Berichterstattung ab, die Sie so sehen, wie Sie sie sehen. Ich habe das große Vergnügen, mich täglich mit unserem Programm zu beschäftigen, und zwar auch in seiner Gesamtheit und in seiner Ausgewogenheit. Und natürlich ist es so, dass wir sehr unterschiedliche Redakteurinnen und Redakteure haben, die auch aus unterschiedlichen Milieus kommen und die unterschiedliche Haltungen haben. Mir ist wichtig, dass wir in der Berichterstattung klar trennen zwischen persönlicher Haltung und einer Berichterstattung. Mir ist wichtig, dass wir, wenn wir in Tagesschau oder Tagesthemen Fehler machen, auch das ist schon vorgekommen, sie schnell korrigieren. Wir haben den Faktenfinder und auch dazu stehen, dass diese Fehler passiert sind. Ich kann mit solchen Einzelbeispielen und Umfragen bei Volontären nichts anfangen, weil ich zunächst mal finde, dass ein Redakteur auch eine persönliche Haltung haben kann. Aber sie haben eben in einer objektiven Berichterstattung nichts zu suchen. Und da sind wir, an dem Punkt sind wir sogar, wenn wir uns darauf verständigen können, dass es um objektive Berichterstattung geht, auch einer Meinung. Und wenn wir über Meinungen in Berichterstattungen reden, dann reden wir darüber, dass sie als Kommentar zu kennzeichnen sind. Das ist die Praxis im Arbeiten. Und wie gesagt, ich beschäftige mich mit den Chefredakteurinnen und Chefredakteuren jeden Tag mit dem Programm. Wir beobachten das intensiv und wir schauen auch auf die Zusammensetzung von Talkshows. Und nur weil sie jetzt das behaupten, dass das anders ist, muss ich Ihnen leider auch widersprechen. Gerade was Corona angeht, haben wir oder auch Ukraine Kriegsberichterstattung, können Sie wirklich, wir führen zum Teil Strichlisten, wir achten in Redaktionen darauf. Redaktionen sind im Übrigen unabhängig und können nicht angewiesen werden. Aber wir achten da schon darauf, dass wir in der Gesamtheit des Programms diesem Anspruch auch gerecht werden und eben nicht so berichten, wie

Sie es, wie Sie es hier darstellen. Und da kann man jetzt, kann man jetzt natürlich auch Beispiele aus einem Tatort rausnehmen. Wir haben, ich könnte Ihnen jetzt zahlreiche Dokumentationen, zahlreiche Filme, wo wir uns auch mit, gerade zuletzt mit der Bundeswehr oder mit Einheiten mit der Polizei beschäftigen. Das ist ja ein Unterschied, ob wir über einen Tatort reden, also über einen fiktiven Film oder über Berichterstattungen von Sicherheitskräften und ähnlichem reden. Wir sind gerade dabei und ich finde, das ist ein wunderbares Beispiel, diese wichtige Arbeit von Ehrenamtlichen, aber auch von Rettungskräften, von Einheiten, die für die innere Sicherheit sorgen, auch mal, ich sag jetzt mal, konstruktiv darzustellen. Wenn wir das Beispiel Feuer und Flamme nennen. Das ist wirklich, was wir gerade versuchen in Deutschland national auszurollen, ausgehend von Nordrhein-Westfalen. Also dass wir mal wirklich mit Menschen mitgehen - das gibt es aber auch im NDR Fernsehen, das weiß ich - die tagtäglich für die Sicherheit und die Ordnung, aber auch ehrenamtlich für den Katastrophenschutz oder für die Rettung von Menschen hinstehen, dass wir die begleiten. Das tun wir programmlich und das ist uns sehr wichtig und gehört genauso dazu, wie Missstände bei Polizei, Bundeswehr und Ähnliches auch zu beleuchten. Also beides ist wichtig und beides gehört zusammen. Und wenn man das Programm umfassend beobachtet und umfassend anschaut und auch wenn man es analysiert, dann können Sie eben die Tendenzen, die Sie jetzt an Einzelbeispielen allgemeingültig erklärt haben, aus meiner Sicht nicht aufrechterhalten. Und insofern gibt es immer Einzelbeispiele, die Ihnen nicht gefallen, die vielleicht auch mir persönlich nicht gefallen. Und es passieren auch Fehler. Das ist so, wo Menschen zusammenarbeiten, und dann müssen diese korrigiert werden. Was ich mit Fake News und Blase meine, ist nicht, dass das sozusagen, das bezog sich auf die digitale Welt ganz konkret und wir haben eben nicht die Algorithmen, die es in der Mediathek, die es Menschen ermöglichen, sich nur unter Gleichgesinnten aufzuhalten, sondern wir haben eben genau das Gegenteil davon und das halte ich für wichtig. Und insofern sind wir auch bei den politischen Talkshows, wir haben ja mehrere, wie Sie wissen, sehr darauf bedacht, Meinungsvielfalt zur Geltung zu bringen. Und wenn ich jetzt an Formate wie Sandra Maischberger denke, wo sie am Anfang ein Panel haben, wo sehr unterschiedlich auch journalistische Kolleginnen und Kollegen mit unterschiedlichen Haltungen dasitzen, dann kann ich Ihre Einschätzung nicht teilen und sie lässt sich auch in Zahlen nicht belegen. Aber natürlich gibt es einzelne Sendungen, wo man sagen könnte: Ja, da hätte es vielleicht gutgetan. Und es wird ja, das Gute ist, es wird ja dann auch, und ich verbringe wahrscheinlich wie Herr Knuth und

andere Menschen, Programmdirektoren, auch viel Zeit damit, mit Gremien darüber auch intensiv zu diskutieren. Es ist ja nicht so, dass es keine Kontrolle unserer Arbeit gibt. Auch dem möchte ich heftig widersprechen. Und es ist auch keine Regierungskontrolle, sondern es ist eine Kontrolle, die über den Rundfunkrat und bei uns ist es der Programmbeirat, stattfindet, in dem Sie auf sehr unterschiedliche Menschen aus der Bevölkerung treffen, die sehr intensiv Programm schauen. Das ist nämlich die Voraussetzung, dass man wirklich Programm auch beobachtet und mit denen wir uns dann sehr intensiv auch genau über diese Fragen auseinandersetzen und ja, auch Korrekturen vornehmen, wenn sich Dinge belegen lassen, die nicht in Ordnung sind oder die man in Zukunft besser gestalten muss. Das ist unsere tägliche Arbeit und da geht viel Zeit drauf innerhalb der Redaktion, aber auch mit den zuständigen Gremien. Und ich bin immer wieder sehr beeindruckt, wie viel Sachkunde und Knowhow dort auch vorhanden ist und wie viel Bereitschaft auch wirklich stundenlang Programm anzuschauen. Denn das gehört halt auch zur Realität dazu, dass man das tun muss, um Programm beurteilen zu können.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau Strobl - Herr Dr. Kühn.

Dr. Michael Kühn Ja, vielen Dank. Ich wollte kurz zum Thema Staatsferne, was Sie angesprochen hatten, eins, zwei Bemerkungen machen. Die Regelungen zur Entsendung von Mitgliedern in den Rundfunkrat des NDR sind ja im Staatsvertrag des NDR niedergelegt. Danach sind höchstens 11 von 58 Mitgliedern von denen Parteien zu entsenden, die in den jeweiligen Landtagen auch Fraktionsstärke haben. Also der Anteil der unmittelbar von Parteien zu entsenden Personen ist relativ gering. Das Bundesverfassungsgericht hat im ZDF-Urteil festgehalten, dass bis zu einem Drittel der so genannten Staatsbank zugeordnet sein können. Dazu gehören auch Wahlbeamte, die höhere Leitungsfunktionen haben. Also mit den elf Personen von 58 haben wir hier jedenfalls eine Regelung, die das, was das Bundesverfassungsgericht in puncto Staatsferne jedenfalls vorgegeben hat, absolut unterschreitet. Vielen Dank.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Dr. Kühn - Herr Stein.

Dieter Stein: Ja, eine Ergänzung. Einfach nochmal an Frau Strobl, weil sie gesagt hat, das waren Einzelbeispiele, die genannt worden sind. Und es ist dieses ganze Thema,

Einseitigkeit der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung, ist einfach wichtig im Zusammenhang mit der Frage, bekommt der öffentlich-rechtliche Rundfunk Akzeptanz in der Bevölkerung, die einen, wie man bei Wahlen feststellen kann, eine ganz andere Breite hat, als sie sich im Fernsehen widerspiegelt. Und nur um das nachzuliefern, was die Talkshows angeht für 2022, die Talkshows der Öffentlich-Rechtlichen. Anne Will, Sandra Maischberger, Markus Lanz, Maybrit Illner und Hart aber Fair, da wurden 457 Politiker eingeladen in diesen Sendungen im vergangenen Jahr, 129 von der SPD, 125 von der Union, 100 von den Grünen, 67 von der FDP, 34 von der Linken und von der AfD zwei. Also die AfD war mit 0,4 Prozent dort in den Talkshows vertreten. Und da können Sie nicht davon reden, dass das eine angemessene, politisch neutrale Einladungspolitik ist. Der Frage müssen Sie sich einfach stellen. Und, abgesehen die AfD ist nur ein Randthema, können Sie vielleicht auch abtun. Es ist aber für eine Demokratie essenziell, dass Sie da eine Repräsentativität herstellen. Mich wundert so ein bisschen die Passivität von Union und FDP, die einfach feststellen müssen, dass bei entscheidenden Fragen, also vorneweg auch bei der Energiepolitik, wie omnipräsent Vertreter eben auch radikaler Klimaschutzorganisationen in den öffentlich-rechtlichen Medien sind und wie gering dort Vertreter der Wirtschaft vertreten sind, die betroffen sind von einer Energiepolitik, die den Industriestandort Deutschland gefährdet.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Stein. Dann habe ich Herrn Kramer auf der Liste.

Abg. **Nikolaus Kramer**: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Zunächst einmal mein Dank an die Sachverständigen und ihre Vorträge, die Sie hier geleistet haben. Ich habe eine direkte Nachfrage, oder ich sehe da noch Aufklärungsbedarf durch Frau Strobl. Herr Stein hat es vorhin in seinen Äußerungen auch schon angesprochen. Wenn ich jetzt hier die Einzelfälle aufzählen würde von Haltungsjournalismus, wenn ich da an einen Herrn Klamroth denke, der Lebenspartner von Luisa Neubau, der Hart und Fair und so, da säßen wir morgen Abend noch hier. Jetzt zu meinen direkten Fragen oder wo ich noch Aufklärungsbedarf habe. Frau Strobl, Sie sagten es vorhin, es erfolgte eine Umwidmung von Geldern. Inwiefern ist eine Umwidmung denn in Ihren Augen eine Einsparung? Weil wir ja von Einsparungen sprachen. Und Umwidmung ist für mich keine Einsparung. Und die zweite Sache, Sie sprachen auch davon, dass man in der Mediathek neue Formate nutzen könne. Und dies alles ohne Bezahlschranke. Ich

meine, das können Sie vielleicht den 2 Millionen Tagesschau-Sehern erzählen, die hier 360 Minuten lang am Tag 70 öffentlich-rechtlichen Rundfunk konsumieren. 18,36 Euro monatliche GEZ ist für mich auch eine Bezahlschranke. Also, verstehe ich da was falsch, oder? Also das ist doch nicht kostenfrei, das Angebot, was Sie da anbieten. Nur, dass man das halt nicht jetzt pro einzelnen Dienst abrufen oder pro einzelnen Film, den man, sondern man zahlt halt die 18,36 Euro. Da bin ich bei Netflix günstiger und teilweise besser. – Danke schön.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Kramer. – Frau Strobl.

Christine Strobl: Vielen Dank. Nochmal zu den Talkshows und der Zusammensetzung. Ich finde die Betrachtung einseitig nach Parteimitgliedschaft, greift ja nun bei den meisten Formaten relativ kurz, weil wir ja insgesamt feststellen, dass wir in den Talkshows, ob jetzt bei dem Kollegen Lanz oder bei der Kollegin Maischberger, sehr oft Zusammensetzungen haben, in der bestimmte Meinungsrichtungen nicht nur von politisch tätigen Menschen vertreten werden. Also ich sag jetzt mal, wenn dort jemand, ein Vertreter der Wirtschaft sitzt oder ein Vertreter, nehmen Sie das umgekehrte Beispiel, was Ihnen vielleicht besser gefällt, der Klimaschutzbewegung, dann ist die möglicherweise nicht mal Parteimitglied oder Parteivertreter, sondern ein Vertreter einer Haltung. Deswegen ist diese Darstellung, man kann immer Darstellungen finden und suchen, die nach Parteimitgliedschaft geht. Aber ich glaube, dass sie nicht den Formen, Erzählformen und Talkformaten gerecht wird, sondern da kommt es darauf an, dass man die Sendungen betrachtet. Sind dort unterschiedliche Meinungen von, einerseits politisch tätigen Menschen, aber auch Menschen, die wirtschaftliche Interessen, die gesellschaftliche Interessen vertreten? Ist dort eine Meinungsvielfalt gewährleistet? Und das kann man bei den Sendungen einzeln sich anschauen, dass das pro Sendung eben der Fall ist. Deswegen finde ich die Methode der Zählbarkeit dort nicht angemessen. Ich finde sie sehr angemessen bei Wahlen, bei Landtagswahlen oder auch bei Bundestagswahlen. Und da können wir Ihnen klar und deutlich sagen, dass dort die AfD oder insgesamt nach klaren Verfahrensrichtlinien und Vorgaben die in den Landtagen vertretenen Parteien oder die gewählten Parteien auch entsprechend vorkommen und auch vorkommen müssen. Und das ist auch richtig so. Bei Talkformaten halte ich die das Zählen nach reiner Parteimitgliedschaft von oder nach reiner parteipolitischen Vertretung dort einfach für zu kurz gesprungen. Das gehört dazu. Was das

Thema Umwidmung angeht, ich habe nicht Umwidmung gesagt, sondern Umschichtung. Wir haben ja über lange Zeit eine Beitragsstabilität gehabt und Sie werden ja auch sehen, dass wir im Moment eine Inflation haben und auch Verteuerungen durch Tarifvereinbarungen. Und deswegen sind wir über viele Jahre lang, haben wir die Situation gehabt, dass der Beitrag nicht erhöht worden ist. Und natürlich ist es so, wenn Sie neue Aufgaben haben, anderes Programm zu machen und das Programm, das Sie bisher gemacht haben, nämlich das Erste Deutsche Fernsehen, muss ja weiterhin stattfinden in der bisherigen Form, und Sie müssen mit den gleichen finanziellen Mitteln beides tun, dann ist es eine Umschichtung. Wenn Sie Mittel nehmen, um das neue Angebot, nämlich die Mediathek, auf das wir uns erst seit 2020 konzentrieren, dann genauso mit Programmangeboten auszustatten, die eben anders sind als das, was sie fürs Erste Deutsche Fernsehen brauchen. Und insofern ist es eine Umschichtung. Und die ist, haben wir ja auch sehr deutlich gesagt, dass wir die aus den bisherigen Beiträgen erbringen werden. Und wir merken aber jetzt, dass sozusagen das eben doch größere Veränderungen bedeutet. Und in dem Prozess sind wir eben mittendrin. Und das, was Sie zur Bezahlschranke gesagt haben, das ist unser System, auf das wir uns in Deutschland verständigt haben, dass wir gesagt haben, der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist beitragsfinanziert von allen, ist eine Solidargemeinschaft, die in der Summe die Beitragsmittel aufbringt, um eben dieses Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wirtschaftlich und politisch unabhängig gewährleisten zu können. Das ist das System, auf das wir uns verständigt haben, um das uns sehr viele Länder, die es nicht haben, in der Welt beneiden und das sich, glaube ich, auch sehr bewährt hat. Und Jochen Knuth hat es vorhin angesprochen, sowohl die Nutzung des öffentlich-rechtlichen Angebots, aber auch Umfragen, die es gibt, die nicht von Ihnen zitiert worden sind, beweisen eben sehr eindrücklich, wie wichtig wir für die Bevölkerung sind und dass wir auch einen hohen Vertrauensvorschuss nach wie vor genießen. Und ich sage immer auch nur, das ist Maximalauftrag und Ansporn. Es ist noch kein erreichendes Ziel, dass wir damit auch das Richtige tun. Das ist jeden Tag Arbeit. Ich kann aber nur sagen Wir sind sehr, sehr viele Kolleginnen und Kollegen, die daran jeden Tag mit Leidenschaft und voller Freude und Objektivität und Kompetenz arbeiten und versuchen, dass dieses Privileg, was wir haben - und ich empfinde es als Privileg - auch in dem Sinne bestmöglich zu nutzen. Und ich glaube, dass man in der Summe, wenn man auf dieses Programm schauen kann, jedenfalls, soweit ich es überblicke und dafür Verantwortung trage, aber auch in der ARD insgesamt, dass Sie die Behauptung

objektiv nicht aufrechterhalten können, jedenfalls in der Summe nicht. Und insofern bin ich zutiefst davon überzeugt, dass auch die Änderungen, die jetzt in dem aktuellen Medienänderungsstaatsvertrag vorgesehen sind, dazu beitragen werden, dass wir diesem Anspruch, ein Angebot für alle zu machen und ein ausgewogen objektives Angebot zu machen, auch damit weiter unterstützt werden und weiter ermöglicht werden.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau Strobl. Herr Knuth hat sich noch dazu gemeldet.

Joachim Knuth: Ich mache es ganz kurz. Ich will einmal sagen Herr Kramer, wir haben eine ganz starke Marke, die heißt Tagesschau und wir holen allein bei Instagram 4,4 Millionen Menschen, die das dort abonniert haben. Und wir sind froh, dass es solche Marken gibt, weil wir damit die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit erreichen. Und darum wird es auch gehen, dass wir die Jungen erreichen und die Älteren. Aber wir sind nicht bei 2 Millionen über 70. Ich glaube, das dient noch einmal der Klarstellung, und das will ich noch mal ausdrücklich verbinden mit dem Bekenntnis, was aus voller Überzeugung kommt. Ein freies Land braucht freie Medien. Und das ist nicht nur der öffentlich-rechtliche Rundfunk, das sind die Kolleginnen und Kollegen des privaten Rundfunks, des privaten Fernsehens, der Regionalpresse, der überregionalen Presse. Das ist essenziell für die Willens- und Meinungsbildungskultur eines Landes. Und ganz kurz ein letzter Punkt. Ich habe am Anfang, als ich in diese Funktion kam, für vier Jahre im Norddeutschen Rundfunk 300 Millionen Euro kürzen und einschneiden müssen. Und ich weiß, wie schmerzhaft das ist. Und ich weiß, dass wir dort auch an Programmbestandteile gegangen sind, jenseits von Information und Regionalität, die ich für essenziell und für gesetzt halte, die vielen Menschen nicht gefallen hat. Und das zeigt einerseits, dass wir genutzt werden und dass es Erwartungshaltungen und Bedürfnisse an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt. Das, finde ich, ist ein gutes Signal. Und es zeigt aber auch andererseits, dass wir auf dem Weg in die Zukunft immer wieder auch uns klarmachen müssen: Es wird am Ende auch schmerzhaft sein, weil wir, wenn wir kürzen und weniger machen, und das kann den Sport oder die Unterhaltung betreffen, Menschen auch etwas zumuten. Und ich will auch sagen, das wird ein Weg in die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein, der Verzicht übt. Und das bedeutet eben auch, dass wir Verzicht allein schon deshalb üben, weil wir auf anderen Strängen, Frau Strobl hat es gesagt, mit Blick auf Plattform und Mediathek dort andere

Inhalte produzieren müssen. Und insofern bin ich zuversichtlich, dass uns das gelingt. Und wenn wir daran arbeiten, dann ist mir nicht bang um die Zukunft einer freien Mediengesellschaft in diesem Land.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Knuth. Herr Kramer hat noch eine Nachfrage.

Abg. **Nikolaus Kramer**: Eine direkte Erwiderung zu den Äußerungen von Herrn Knuth. Ich habe Sie schon richtig verstanden und ich möchte auch, dass Sie mich nicht falsch verstehen. Uns wird ja immer vorgeworfen, wir würden den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen wollen. Dem ist ja nicht so. Wir erkennen natürlich den Bildungs-, Informations- und Dokumentationsauftrag an und auch wir, auch ich persönlich, empfinde das als ganz wichtig und auch gerade so die die Lücken, die geschlossen werden, Übertragung Regionalsport, wenn ich an Landespokalfußballspiele denke und so weiter und so fort. Das können halt überregionale Sender, private Sender gar nicht oder wollen es gar nicht bieten und leisten. Also, insofern ist für uns auch als AfD der Öffentlich-Rechtliche nicht unverzichtbar. Aber unter anderen Vorzeichen. Und es ist doch den Bürgern nicht vermittelbar, dass wir irgendwie über fünf, also allein beim NDR, über 50 digitale Radiosender haben und dass wir so ein Riesenkonvolut an, ich formuliere es mal ganz salopp, Wasserkopf haben. Herr Stein hat es ja auch gesagt, wenn ich da an den Skandal beim RBB erinnere, das ist doch dem Bürger nicht mehr vermittelbar. Danke schön.

Vors. Ralf Mucha: Schönen Dank, Herr Kramer für Ihr Statement. Dann habe ich als Nächstes auf der Rednerliste Frau Enseleit.

Abg. **Sabine Enseleit**: Ja, vielen Dank für das Wort. Ich habe auch noch mal eine Nachfrage zum Thema Mediathek. Frau Strobl, Sie haben vorhin ausgeführt, dass die Nutzungszahlen der 20- bis 49-jährigen rapide gesunken sind. Und wenn ich das richtig verstanden habe, leiten Sie aus diesem Rückgang ab, dass die eventuell über die Mediathek zu erreichen sind. Da habe ich Sie, glaube ich, richtig verstanden. Sind Sie der Meinung, dass Sie in Wettbewerb stehen mit internationalen Streamingdiensten, also Netflix, Amazon Prime et cetera? Jetzt nur noch mal für mich zum Verständnis: Wie soll diese Mediathek ausgestaltet werden beziehungsweise wie wollen Sie sicherstellen, dass auch die Informationsangebote und das ist ja Ihr eigentlicher Auftrag,

darüber abgerufen werden? Und nicht Sie, wenn Sie in Konkurrenz stehen, zum Beispiel zu Netflix, dann würden Sie ja auch nur Unterhaltungsfilme anbieten beziehungsweise müssten ja entsprechendes Nutzungsverhalten dann auch Ihr Angebot anpassen. Und ich vermute mal, dass wahrscheinlich mehr Filme gestreamt würden oder mehr Unterhaltung gestreamt würde als Informationsangebote. Dokumentationen, die ja durchaus sehr, sehr wichtig sind. Das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen, aber mir fehlt noch so ein bisschen eine Konkretisierung dessen, was Sie da vorhaben mit der Mediathek und wie sich das tatsächlich ausgestalten soll. Danke schön.

Vors. **Ralf Mucha:** Schönen Dank, Frau Enseleit. Bevor ich Frau Strobl das Wort erteile, vielleicht noch eine kurze Anmerkung. Herr Knuth muss uns leider aus terminlichen Gründen gleich verlassen. Sollte es noch irgendwelche Fragen, aber Herr Dr. Kühn bleibt uns erhalten? Herr Dr. Kühn bleibt uns erhalten. Dann können wir auch dann die Fragen an Herrn Dr. Kühn stellen. Frau Strobl, Sie haben das Wort.

Christine Strobl: Ja, vielen Dank für die Nachfrage. Also ich habe davon gesprochen, dass wir in einer digitalisierten Welt auf eine internationale Konkurrenz treffen mit unseren Angeboten, die wir im klassischen Fernsehen so nicht gewohnt waren. Natürlich gibt es auch im klassischen Fernsehen Menschen, die die BBC geschaut haben oder, wenn es gut läuft, unser öffentlich-rechtliches Angebot Arte mit französischen Filmen, aber die Konkurrenzsituation, also die auch das Sehverhalten von Menschen beeinflusst, war im klassischen Fernsehen nicht international geprägt. In einer Welt, die im Digitalen stattfindet, ist es anders, weil wir da sehr viele Menschen haben, die sehr selbstverständlich heute Abonnements von Netflix ganz konkret abgeschlossen haben oder über Amazon Prime oder ähnliches, sehr international erzählte Serien, vor allen Dingen fiktionale, aber auch Dokumentationen schauen. Das heißt, wir sind einfach damit konfrontiert, dass der Markt in Deutschland, das Nutzungsverhalten in Deutschland internationalisiert worden ist, indem eben große amerikanische Konzerne vor allen Dingen in den Markt gedrängt worden sind. Dadurch hat sich das Nutzungsverhalten auch verändert. Ich will Ihnen mal ein Beispiel sagen. Wenn Sie mit jemand zu tun haben in Ihrem Bekanntenkreis, der sehr viel Serien schaut, der ist sehr selbstverständlich gewöhnt, dass man erst mal drei, vier Folgen anschaut, ohne vielleicht alles ganz genau schon verstanden und durchdrungen zu haben. Jemand, der sein Leben lang nur klassisches Fernsehen geschaut hat, der will in den ersten 1, 2, 3 Minuten

wissen, was da passiert und die Geschichte verstehen. Das nur so als, um das zu erklären. Das heißt, wir treffen hier auf ein Publikum, das inzwischen viel internationaler sehen und nutzen will. Und die große Kunst ist jetzt, genau das, was Sie sagen, unserem Anspruch - wir haben ja einen umfassenden Auftrag - aber unserem Anspruch, Menschen zu informieren, die Gesellschaft zusammenzuhalten, die Gesellschaft zum Austausch zu bringen, denen auch in der Mediathek zu gewährleisten. Und der Weg kann nicht sein, um das zu beantworten, dass wir jetzt sozusagen den Auftrag nicht mehr vollumfänglich in der Mediathek abbilden, sondern im Gegenteil auch dort, auch dort wird der Informationsanspruch, der Informationsanteil deutlich höher sein wie die Nachfrage nach Information, einfach weil das eben unser Auftrag ist. Würden wir uns rein nach der Nutzung richten, dann würden wir heute schon über 50 Prozent Fiktion anbieten, weil die Nutzung tatsächlich so ist, dass fiktionales Erzählen in der Mediathek sehr nachgefragt wird. Wir wollen aber genau das Gegenteil. Wir wollen, dass man dort eben in der Mediathek genauso auf Informationsangebote trifft und wir dort genau den gleichen Genre-Mix haben, den wir auch im klassischen Fernsehen haben. Das heißt, wir werden weiterhin sehr stark auf Information setzen und deswegen ist es eben so wichtig - Jochen Knuth hat vorhin das Gesamtangebot der Tagesschauredaktion oder der ARD-Aktuell Redaktion genannt - wir haben eben die Nachrichten, die wir als App anbieten. Wir haben die großen Dokumentationen, von denen wir viel, viel mehr jetzt in der Mediathek haben, wo sie vertieft wirklich Dinge erklärt bekommen, aus unterschiedlichen Richtungen erzählt bekommen. Genauso wie eben auch die klassische Sendung zum Nachschauen. All das ist unser Auftrag und all dem müssen wir nachkommen, auch wenn wir wissen, dass, wenn wir uns rein nach Akzeptanzaspekten richten, würden wir dieses diesen Genre-Mix so nicht anbieten. Aber das ist eben genau der Vorteil und die Chance und ich sage immer auch das Privileg, dass wir nicht nach wirtschaftlichen Interessen an der Stelle agieren müssen. Dann müssten wir uns vollumfänglich nach Publikums- und Nutzerinteresse richten. Wir haben die den Anspruch eben und auch den Auftrag, unser Informationsangebot dort genauso zu präsentieren. Nur, was mir wichtig ist, es bringt ja nichts, wenn wir Informationsangebote dort einstellen, die niemand nutzt. Und es hat natürlich schon was damit zu tun, wenn Sie heute Netflix-Produktionen im dokumentarischen, im informativen Bereich anschauen oder auch von RTL oder von der Pro7/Sat1-Gruppe gemacht, dann sind die heute auch auf internationalem Niveau produziert, das heißt mit einem sehr, sehr großen Budget. Und das wiederum müssen wir schon versuchen, dort auf

Augenhöhe zu sein und die Angebote so attraktiv zu machen, jetzt neben der reinen Nachrichtensendung, also die erzählerischen Informationsangebote, dass sie dort eben auch genutzt werden, weil wenn wir dort nur Angebot haben, was keiner anschaut, dann haben wir unseren Zweck auch nicht erreicht. Aber, um die Frage klar zu beantworten, der Auftrag, der öffentlich-rechtliche Auftrag muss auch in der Mediathek übersetzt werden und kann nicht heißen, nur aus Akzeptanzgründen rein auf Unterhaltung und Fiktion zu setzen.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau Strobl. Dann habe ich Frau Oehrich. – Frau Oehrich.

Abg. **Constanze Oehrich**: Ja, danke schön, Herr Vorsitzender. Ich dachte, ich frage noch mal nach dem, was möglicherweise fehlt im Dritten Medienänderungsstaatsvertrag. Da hatte Herr Sperke in seiner Stellungnahme geschrieben, dass es dringend eines ausbalancierten Gesamtkonzepts für die duale Hörfunk- und Audioordnung bedürfe. Welchen Inhalt soll denn dieses Gesamtkonzept Ihrer Meinung nach haben und was soll dieses Gesamtkonzept genau leisten?

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau Oehrich. – Herr Sperke.

Tino Sperke: Ja, da geht es natürlich um sehr viele Aspekte. Da geht es um den Aspekt natürlich, wie viele Audio- und Hörfunkangebote die öffentlich-rechtlichen Sender überhaupt anbieten müssen. Da ist sicherlich an der einen oder anderen Stelle auch zu hinterfragen und das habe ich ja vorhin schon gesagt, wie man gerade in Bezug auf die neuen technischen Anforderungen kooperieren kann und den privaten Rundfunk sozusagen. Und wir reden jetzt, ich rede jetzt hier auch in erster Stelle von einem landesweiten privaten Radiosender. Also wir sind, ich habe es vorhin schon gesagt, ein mittelständisches Unternehmen und wir haben wirklich zu tun, Schritt zu halten mit der Entwicklung, die dort gerade im Online-Audio-Bereich stattfindet. Und da kann man natürlich so ein Unternehmen wie uns alleine mit lassen und dann wurschteln wir uns da irgendwie durch, zurzeit auch noch sehr erfolgreich. Oder man kann gucken, ob man da nicht auch Synergien sucht. Und gerade im regionalen Hörfunk-Bereich wird das notwendig sein, die privaten Anbieter zu unterstützen. Wir haben über DAB+

schon gesprochen, über das auf uns zukommende Programmangebot. Also DAB+ bedeutet ja auch, mehr über Antenne empfangbare Hörfunkprogramme. Und technisch heißt das unterm Strich, dass künftig in Mecklenburg-Vorpommern, wenn dann dieses DAB, wenn die Infrastruktur dann irgendwann steht, sage ich mal 40, 50 Sender über Antenne empfangbar sein werden, die Hälfte davon vielleicht öffentlich-rechtliche. Und das sind genauso viele Sender rein technisch wie in NRW mit 16 Millionen Einwohnern, also 1,6 und 16 Millionen Einwohner, das kann dann nicht aufgehen. Und da muss man sich die Frage stellen, was ist uns landesweiter regionalbezogener Hörfunk in dem Fall, dafür stehe ich ja jetzt hier, in Zukunft wert auch auf privater Ebene, weil wir haben schon im alten UKW-Zeitalter gemerkt hier in Mecklenburg-Vorpommern, dass es sehr schwer war, zwei private landesweite Radiosender am Leben zu erhalten. Einer hat sich inzwischen vom Markt verabschiedet und das zeigt schon, dass wir uns die Frage stellen müssen: Ist im dualen System landesweites privates Radio eine Säule, die uns was wert ist, die wir erhalten wollen? Und das wird nur gehen, wenn wir uns die Rahmenbedingungen dort genau anschauen und, wie vorhin schon gesagt, an der einen oder anderen Stelle auch gucken, wie man da gerade in der technischen Infrastruktur miteinander kooperieren kann, was übrigens auch dem Beitragszahler zugutekommt, weil die privaten Anbieter natürlich etwaige Zusammenarbeit mit dem Öffentlich-Rechtlichen auch bezahlen würden. Das ist ja ganz klar.

Vors. **Ralf Mucha:** Schönen Dank, Herr Sperke. Dann habe ich noch Herrn Tadsen auf der Rednerliste.

Abg. **Jan-Phillip Tadsen:** Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, vielen Dank für das Wort. Ich möchte noch mal auf die Äußerung von Frau Strobl zurückkommen. Sie sprachen davon, als meine Parteikollegen, Fraktionskollegen die Frage der Repräsentativität in Talkshows und Herr Stein hat das ja auch angesprochen, gefragt haben. Da sprachen Sie davon, dass ja in Wahljahren verstärkt auch die AfD zu hören sei. Aber wenn ich das jetzt umkehre, in Zeiten, wo keine Wahl ist, dort wäre die Partei dann nicht gezwungenermaßen unbedingt so in Talkshows einzuladen. Und da wäre dann irgendwie eine andere Repräsentativität auch nachvollziehbar, weil man andere Experten hätte. Nun lesen wir ja, formulierte Ansprüche des öffentlichen Rundfunks, auch in dem Gesetzesentwurf, den wir hier vorliegen haben. Dort steht dann etwas wie, ich zitiere: „integrierender Debattenraum, Lebenswirklichkeiten im journalistischen Blick

behalten und ein Gesamtangebot an sämtliche Milieus“. Eine Lebenswirklichkeit in diesem Land ist natürlich, dass die AfD starken Zuspruch hat. Gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern haben wir laut jüngster Umfrage 25 Prozent Zustimmung erfahren. Und wie können Sie denn das vereinbaren, wenn Sie diese 0,4 Prozent Talkshowbeiträge der AfD haben im Vergleich zur Lebenswirklichkeit der AfD Wähler? Also, Sie könnten doch vielleicht nachvollziehen, dass wäre jetzt meine Frage, das uns wohlgesonnene Bürger da ein ganz großes Fragezeichen hinter setzen, warum die AfD so selten eingeladen wird.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Tadsen. – Frau Strobl.

Christine Strobl: Ja, ich weiß. Vielleicht bin ich, komme nicht richtig rüber mit dem, was ich meine. Mir ging es nicht - um es noch mal klarzustellen - mir ging es nicht darum, dass die AfD nicht einzuladen ist, wenn keine Wahlen sind. Ich habe darauf hingewiesen, dass die Zählweise, die der Kollege angewendet hat zur Zusammensetzung von Talkshows, rein nach Politikern und der Ableitung daraus, dass bestimmte Meinungsvielfalten in einer Talkshow nicht vorhanden sind, dass die mich jedenfalls nicht überzeugt. Sondern in einer Talkshow, wenn Sie die regelmäßig sehen, sind ja nicht rein politisch tätige Menschen, also Politiker, zu Gast, sondern Sie haben Vertreter von unterschiedlichen Meinungen, quer über das komplette Meinungsspektrum. Da ist mal der Politiker da und da ist aber eben auch mal ein Vertreter, der eben nicht aus dem politischen Spektrum kommt, der aber trotzdem eine bestimmte Haltung vertritt. Und nur das habe ich versucht, deutlich zu machen, dass ich deswegen die Zählweise rein der Frage Parteizugehörigkeit von Politikern in Talksendungen zu kurz gegriffen finde, wenn man ermitteln will, ob eine solche Talkshow ausgewogen diskutiert hat und meinungspluralistisch unterwegs war. Was ich in Bezug auf die Wahlen gemeint habe, ist, dass wir bei konkreten Landtagswahlen und im Vorfeld von Landtagswahlen, aber auch am Wahlabend selbstverständlich eine andere Betrachtung brauchen. Da geht es um Parteien, die kandidiert haben und um Fraktionen, die in Landtagen und Bundestag und Europaparlamenten vertreten sind. Und da wiederum wäre ich bei Ihnen, müssten Sie uns einen Vorwurf machen, wenn wir dort die AfD nicht hinreichend berücksichtigen, weil sie dort eine Partei ist, die sozusagen mit den anderen im Wettbewerb steht. Und da würde ich aber immer sagen, dass wir da sehr darauf achten, dass

das entlang dieser Vorgaben passiert und da halte ich es auch für zwingend. Bei Talkshows ist mir die Betrachtung zu kurz, nur das war mein Punkt an der Stelle. Ich bin aber sehr bei Ihnen, dass es eine wichtige Aufgabe von uns ist, nicht nach Parteimitgliedschaften, aber nach Milieus und nach unterschiedlichen Milieus immer sehr darauf zu schauen, täglich unser Programm darauf zu prüfen. Und da bin ich auch nicht immer mit allem zufrieden, nicht in Bezug auf die AfD, aber in Bezug auf bestimmte Milieus, die wir vielleicht auch zu wenig haben. Und da habe ich vorhin das Beispiel Stadt/Land genannt und da ist sicher, gerade in nationalen Programmen, immer die Gefahr, dass man da dauernd draufschauen muss. Der NDR wiederum in seinem NDR Fernsehen wird sehr umfangreich, auch in der Berichterstattung über Mecklenburg-Vorpommern, diese Themen aufgreifen. Und das ist ja genau auch die Chance, die wir immer wieder haben, dass wir eben nicht nur das nationale Erste Deutsche Fernsehen haben, in dem vielleicht manchmal bestimmte Aspekte nicht ganz so ausgeleuchtet werden können, aber dass wir eben auch die sehr hochgeschätzten und sehr wohlgeleiteten Dritten Programme haben, in denen dann eben auch landesspezifische und landespolitischspezifische Aspekte noch detaillierter betrachtet werden können. Deswegen bin ich ja, jetzt komme ich noch einmal zurück, so froh über diese Erfindung von so etwas wie „Mittendrin“. Und wir suchen weiter nach solchen Formaten in Tagesthemen, weil wir eben da es schaffen können, mit einer regelmäßigen Rubrik auch aus einzelnen Landesteilen in ganz Deutschland zu berichten. Und das scheint mir auch ein Weg zu sein, wie man dann gerade auch die Herausforderung, alle Milieus und alle unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen abbilden zu können, auch in einem nationalen Programm und damit auch Menschen in Bayern und Menschen in Sachsen zu interessieren für die Thematik, wie man diesen Anspruch erfüllen kann. Und da bin ich in der Beschreibung, dass wir dieses tun müssen und in dem Auftrag, dass wir das tun müssen, bin ich bei Ihnen, nicht in Bezug auf Parteizugehörigkeit, aber in Bezug auf Milieus. Das ist schon eine Aufgabe, der wir uns immer wieder neu stellen müssen und wo wir auch nicht immer zufrieden sind und woran wir immer wieder auch intensiv arbeiten.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau Strobl. Herr Tadsen hat eine Nachfrage.

Abg. **Jan-Phillip Tadsen**: Ja, eine kurze Nachfrage dazu. Also, Sie argumentieren ja jetzt damit, dass Meinungsvielfalt dadurch gegeben sei, dass man dann auch bei kritischen Themen vielleicht Leute mal in der Talkshow hat, die dann eine AfD-orientierte Haltung hätten. Aber Sie dürfen ja nicht unterschätzen, unsere Demokratie, unser föderales bundesrepublikanische System, ist ja ganz stark auf Parteien aufgebaut. Also jeder Politikwissenschaftler wird Ihnen im Einführungsseminar sagen, welche Bedeutung Parteien haben. Und wenn Sie dann argumentieren, dass es schon abgedeckt wäre, dass 25 Prozent der Wähler MV zum Beispiel oder nehmen wir 15 Prozent im Bund dadurch abgedeckt werden, weil es da jemanden gibt, der vielleicht mal eine kritische These zum Thema Migration oder sonstige Themen, die die AfD auch bespielt, mit formulieren würde, dann finde ich das fragwürdig, weil ein integrierender demokratischer Debattenraum braucht die Debatte der Parteien. Und wenn da eine so starke Kraft wie die AfD bei 15 Prozent Wählerzuspruch nur 0,4 Prozent Talkshowauftritte hat, dann ist das für mich ein eklatantes Missverhältnis und das haben Sie mir mit Ihren Ausführungen bisher auch nicht ausräumen können. Von daher bleibe ich bei der Kritik und frage ein letztes Mal danach, inwieweit Sie das rechtfertigen, dass andere Parteien so viel stärker dort repräsentiert sind.

Vors. **Ralf Mucha**: Ja. Dann erteile ich Frau Strobl noch mal das Wort.

Christine Strobl: Ja, ich befürchte, wir kommen an dem Punkt nicht ganz zusammen. Ich bin bei Ihnen, dass das bei der Frage jetzt, wenn wir über Parlamentsdebatten berichten, wenn wir über Wahlen berichten, finde ich, ist Ihre Zählweise legitim und richtig. Ich bleibe dabei, dass die Frage, ob Haltungen, Meinungen, Milieus von Talkshowgästen nur durch jeweilige, also, dass die Ausgewogenheit nur an entsprechender Parteizugehörigkeit von teilnehmenden Gästen oder politischer Tätigkeit von teilnehmenden Gästen festgemacht werden kann, die sehe ich so nicht und insofern verstehe ich Ihre Anmerkung, aber wir kommen da, glaube ich, nicht zusammen. Ich teile sie einfach nicht. Ich sehe eine politisch, ich bin inzwischen sowieso so, dass ich das Gefühl habe, dass gerade es interessant ist, wenn wir in den Talkshows sehr unterschiedliche Gästezusammensetzungen haben, also nicht nur Politiker, sondern Wissenschaftler, Menschen, die aus dem praktischen Leben kommen, die dort arbeiten, Journalistinnen und Journalisten. Und das ist ja auch das, was wir sehr stark gesehen haben, was gerade in der Corona-Zeit eine Rolle gespielt hat, dass sowohl bei Markus

Lanz, aber auch bei Sandra Maischberger eben die eigentlichen Politiker, die man gehört hat, oft gehört hat, dann ja auch in den Hintergrund gedrängt worden sind und wir da eben eher den Ansatz der Wissenschaft verfolgt haben. Ich fand sowieso, dass durch Corona leider, aber dann vielleicht auch positiv, die Wissenschaftler so in den Vordergrund gerückt worden sind, wie noch nie zuvor. Das hat auch, glaube ich, noch mal einen gewaltigen Schub gegeben, auch Wissenschaft in solchen Talksendungen darzustellen, was ja auch vorher fast undenkbar gewesen ist. Und jetzt haben wir zuletzt leider den Ukrainekrieg gehabt und auch das hat uns noch mal sehr unterschiedliche Experten in Talkshows gespült. Das sind auch Phänomene, die man über die Jahre hat, aber ich befürchte, an dem Punkt, den Sie haben und den ich nicht sehe, kommen wir nicht zusammen. Insofern kann ich nur sagen, da sind wir unterschiedlicher Meinung, wird aber im Dritten Medienänderungsstaatsvertrag wahrscheinlich ja insofern noch mal deutlich als Auftrag formuliert, als das Angebot für alle dort ja auch sehr verankert ist. Und insofern besteht der Auftrag weiter. Und wie man ihn dann ausfüllt, ob durch das Abbilden von Parteien in Talkshows oder durch anderes, das ist dann sozusagen Interpretation und Aufgabe der jeweiligen Redaktion.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau Strobl. – Herr Stein.

Dieter Stein: Ja, Frau Strobl, ich muss da auch noch mal nachhaken und Sie da nicht einfach entlassen mit der Behauptung, es wäre reiner Zufall, wie die Parteipolitiker eingeladen worden sind. Wenn Sie sich die Zahlen angucken, ich kann die Ihnen auch gerne zuschicken, dann werden Sie sehen, dass überraschenderweise bei den anderen Parteien fast exakt die Verhältnisse gewahrt wurden, wie die Anteile bei der Bundestagswahl sind. Also, da hat man relativ akribisch, wird darauf geachtet, dass eben SPD, CDU, die Grünen sind übrigens bezeichnenderweise etwas überrepräsentiert, dass die annähernd entsprechend dem Bundestagswahlergebnis eingeladen wurden, außer der AfD. Also das heißt, da ist es nicht Zufall und da kommen Sie einfach nicht raus aus der Nummer. Da müssen Sie mal intern wirklich die Sache aufklären. Das ist ein Skandal. Und das zweite ist, wenn dann wenigstens die Repräsentativität gegeben wäre durch Einladung anderer gesellschaftlicher Gruppen. Und das ist eben auch nicht der Fall. Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz hat im letzten Jahr, als die RBB-Affäre hochkochte, in so einem Brandtext für die Badischen Neuesten Nachrichten das ausformuliert, dass es insgesamt um eine Einseitigkeit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

geht. Er hat das unter anderem auch daran festgemacht, dass zugelassen wird, dass dieses von linken Gruppen forcierte Gendersprech im öffentlich-rechtlichen Rundfunk einfach zugelassen wird, obwohl es darüber keinen gesellschaftlichen Konsens gibt - im Gegenteil also alle bürgerlichen Parteien überwiegend das ablehnen. Aber hier wird praktisch eine politische Agenda von links im öffentlich-rechtlichen Rundfunk einfach laufen gelassen und sie greifen da nicht ein.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Stein. – Herr Dr. Kühn.

Dr. Michael Kühn: Ich wollte mich eigentlich nur kurz zu Herrn Tadsen noch melden, aber Herr Stein, dass es eine politische Agenda von links gibt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, muss ich an dieser Stelle wirklich deutlich zurückweisen. Das ist haltlos. Dafür haben Sie keine Belege. Und das, was Sie gerade beschrieben haben, rechtfertigt eine solche Zuspitzung auf keinen Fall. Ich wollte zu Herrn Tadsen sagen, natürlich ist es richtig, dass in einer mittelbaren Demokratie den Parteien eine große Bedeutung zukommt. Und die Verengung jetzt auf die Frage Talkshow geht mir ein bisschen zu weit. In der Gesamtberichterstattung, glaube ich, leisten wir in der ARD, aber jedenfalls insbesondere im Norddeutschen Rundfunk, glaube ich, gute Arbeit. Ich war gerade am vergangenen Montag in Hamburg in der Bürgerschaft eingeladen von der Fraktion der AfD „Fraktion im Dialog“. Und dort wurde mir bestätigt, dass die Berichterstattung zwar nicht immer so wünschenswert sei, wie sich die AfD das wünschen würde. Das gilt aber, glaube ich, für alle Parteien. Aber dass man jedenfalls fair behandelt wird und ich glaube, darauf kommt es an. Das muss unser Ziel und unser Anspruch sein, dass wir als öffentlich-rechtlicher Rundfunk, als Vermittler zwischen unterschiedlichen Positionen in der Gesellschaft, dass es uns gelingt, in diesen Fragen tatsächlich auch die einzelnen Interessen so zu verfolgen oder die einzelnen Positionen - Entschuldigung - und die einzelnen Positionen so zu verbreiten und auch so miteinander in Diskurs zu bringen, dass jeder bei Licht betrachtet auch für sich morgens oder abends sagt: Naja gut, hat mir zwar nicht gefallen, aber eigentlich ist es okay. Das ist unser Anspruch. So sollte es sein. Dass das nicht immer gelingt, ist, glaube ich, auch klar bei der Menge von Programmen. Frau Strobl hat darauf hingewiesen, dass es auch darauf ankommt, die Gesamtbetrachtung des Programms anzuschauen. Und in der Verengung jetzt bei den Talkshows ist glaube ich auch so, dass man sich das wahrscheinlich noch mal

angucken muss, inwiefern da in der Gesamtsumme der Querentscheidungen da tatsächlich vielleicht auch noch mal drüber nachgedacht werden muss. In den Einzelfallentscheidungen hat Frau Strobl glaube ich, sehr klar gemacht, worum es geht. Es geht um eine thematische Aufarbeitung eines besonderen Themas, was dann zu einer bestimmten Gästerauswahl führt. Dass diese Entscheidungen, jeweils für sich genommen, sind, glaube ich, okay. Aber wenn der Eindruck entsteht, dass dort dann bestimmte Parteien ausgegrenzt werden sollen, so wie sie es anhand der Zahlen, die ich jetzt nicht überprüft habe, aber jedenfalls mal unterstelle, dass sie richtig sind, wenn dieser Eindruck dann entsteht, dass dort Gruppen ausgegrenzt werden, in Anführungsstrichen, dann muss man sich das in der Gesamtbetrachtung sicherlich noch mal anschauen. Aber mir war es wichtig, nur nochmal darauf hinzuweisen, dass es nicht nur um diese Verengung auf Talkshowformate geht, so wie Sie es vorgenommen haben. Ich kann es verstehen. Natürlich sind das auch die Formate, die besonders populär sind, klar. Und auf der anderen Seite geht es aber ja eigentlich um eine Gesamtbetrachtung der Positionen, die eine Partei in der mittelbaren Demokratie hat. Und ich glaube, da machen wir jedenfalls einigermaßen einen guten Job. Vielen Dank.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Dr. Kühn. Dann habe ich Frau Enseleit.

Abg. **Sabine Enseleit**: Ja, vielen Dank. Ich würde gerne diese Diskussion einmal um zwei Beispiele aus FDP-Sicht ergänzen wollen. Das erste Beispiel betrifft das Thema, ja, Berichterstattung im Vorfeld von Wahlen. Ich glaube, das Beispiel kennen Sie alle, als beim Klimaschutz-Check in einer WDR-Sendung die FDP mit dem besten Ergebnis abgeschnitten hat, was das Thema Lösungsvorschläge zum Thema Klimaschutz angeht und die Redaktion dann eigenmächtig entschieden hat, dass sie aber die FDP nicht mögen oder was auch immer und deswegen im Ranking ganz nach hinten rutschen. Da kann man im Nachhinein, das werden Sie wahrscheinlich jetzt auch tun, sagen, ja, das war so nicht richtig, hat aber natürlich im Vorfeld von Wahlen dann doch eine gewisse Relevanz und nutzt dann auch nichts, wenn man dann im Nachhinein, wenn die Wahlen dann schon gelaufen sind, sagt, ja, das ist damals nicht so gut gelaufen. Und in die ähnliche Richtung geht das Thema dann, wenn wir es mal auf die Milieus herunterbrechen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen letzten Sonntag den Presseclub sich angesehen hat. Da finde ich, ist eben auch ein Beispiel. Und das Interessante an Presseclub ist ja, dass wir im Nachgang immer die Möglichkeit haben, die

Zuschauerinnen und Zuschauer zu hören nach deren Einschätzung. Und da war das dann relativ deutlich, dass es doch schon eine sehr, sehr einseitig geführte Diskussion war. Und da hat mir zum Beispiel auch eine liberale Stimme gefehlt, die auch aus liberaler Sicht das Thema einmal darstellt und nicht Leute, da war eine Person dabei, ein Journalist, der wirklich den Rechtsstaat in Frage gestellt hat in dieser Diskussionsrunde. Und da frage ich mich schon, wie werden eigentlich diese Personen ausgewählt und welche Haltung hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk dazu, da auch entsprechend eine ausgewogene Zusammensetzung zu ermöglichen und eben nicht - in dem Fall, also das hatte schon fast extremistische Züge, was der da von sich gegeben hat - solchen Personen da Raum zu bieten. – Danke schön.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Frau Enseleit. – Herr Dr. Kühn.

Dr. Michael Kühn: Ja, vielleicht nur einmal kurz zu dem Fehler, den Sie angesprochen haben. Da, wo Menschen arbeiten, passieren natürlich immer Fehler. Das ist total bedauerlich. Da gab es ja auch eine entsprechende Entschuldigung. Es gibt auch andere Beispiele, bei denen Redakteurinnen und Redakteure auch im Alltagsgeschäft, wo ihnen Fehler unterlaufen, die dann korrigiert werden. Ich erinnere jetzt zuletzt an das Beispiel der entbindenden Person bei tagesschau.de, was ja auch zu einem entsprechenden Medienecho geführt hat, was missglückt war, diese Formulierung. Und dennoch geht es bei dem Thema Sprache um das Ringen darum, wie man adäquat auch unterschiedliche Lebensperspektiven in der Sprache abbilden kann. Dass das in dem Beispiel jetzt missraten war, ist, glaube ich, klar. Aber, worauf ich hinaus will, ist ja, dass es darum geht, dann auch Fehler entsprechend zu korrigieren. Und das kann ich für den NDR und für die Tagesschau, für die der NDR ja verantwortlich ist, auch guten Gewissens sagen, dass das bei uns ohne Weiteres passiert, weil wir eben wissen um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Nachrichten, die insbesondere von der Tagesschau kommen, aber die auch vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommen. Und da ist eine hohe Erwartung. Wir haben auch hohe Akzeptanzwerte. Die Erwartung ist hoch, dafür arbeiten wir jeden Tag hart und dass es dann in Einzelfällen immer wieder zu Schwierigkeiten kommt, ja, aber die Tendenz, die Sie jetzt beschreiben, die würde ich jetzt in dem Maße nicht teilen.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Dr. Kühn. Frau Strobl, möchten Sie ergänzen?

Christine Strobl: Ja, also, ich sage mal, eigentlich hat Herr Dr. Kühn alles dazu gesagt. Die, vielleicht noch ergänzend zum Presseclub. Der Presseclub ist nun ein Beispiel genau dafür, dass man in einer Sendung unterschiedliche journalistische - da sind es ja nun gar keine politisch tätigen Menschen, sondern Journalisten, die eingeladen sind - zu Wort kommen lässt, um dort genau diese Meinungsvielfalt und unterschiedliche Betrachtung herzustellen. Und auch da ist es so, dass man die Gästewahl in der Summe betrachten muss. Und da ist ja ein Moderator jeweils auch oder eine Moderatorin dabei und die dann auch entsprechende Meinungen zusammenführen müssen. Ich kann jetzt nicht genau sagen, wen sie damit extremistisch gemeint haben. Ich habe eine Vermutung, aber extremistische Personen wüsste ich nicht, dass sie im Presseclub waren. Aber es ist eben eines der Beispiele dafür, dass in so einer Talksendung unterschiedliche Haltungen, in dem Fall von Journalistinnen und Journalisten, breit über das Spektrum, was wir in Deutschland haben, vertreten sind. Genau das ist der Sinn des Presseclubs, diese Einordnung zu geben. Und nur um das auch mal zu sagen, ich habe täglich mit, sagen wir mal, Gruppen zu tun, wie jetzt, nennen wir mal „KLIMA vor acht“, die auch der Meinung sind, sie kommen nicht ausreichend vor, und wo wir das Thema hinreichend abbilden. Ich habe mit Vertretern aus der Kirche zu tun, Vertretern aus dem Handwerk und sonstigen Interessenverbänden. Das ist jetzt nichts, was sozusagen ein politisches Spektrum nur betrifft, sondern es gibt sehr unterschiedliche Gruppierungen, die alle das Gefühl haben, dass sie in der Summe nicht hinreichend berücksichtigt werden. Und wir versuchen das regelmäßig durch Studien zu begleiten und darzustellen, auch die Frage: Wie viel Männer, wie viel Frauen tauchen in der Moderation auf? Wie ist die gesamte Gesellschaft abgebildet? und versuchen das zu monitoren. Sie werden das nie schaffen, das auf eine einzelne Sendung oder auf ein einzelnes Format ausgewogen darzustellen, weil auch - wissen Sie, in der Talkshow, wenn ich noch mal zurückkommen darf auf das Thema, das ja sehr beliebt war, Sie müssen ja auch jemanden einladen, der dazu was sagen kann, inhaltlicher Natur, der zu dem Thema, um das es geht, auch inhaltlich eine fundierte Meinung hat. Und dann müssen Sie noch eine Ausgewogenheit der Sendung zusammenbekommen. Das ist schon eine Aufgabe. Und deswegen sage ich immer, wir müssen in der Summe als ARD-Verbund nachweisen, dass wir über unsere unterschiedlichen Programme hinweg ausgewogen und objektiv Bericht erstatten. Es wird uns nicht

gelingen, in jeder einzelnen Sendung das vollumfänglich umzusetzen, dass jede Meinung und jede Haltung und jedes Milieu dort vertreten war. Aber in der Summe der Berichterstattung muss es stattfinden und das, glaube ich, kann man eindeutig feststellen und konstatieren. Und ich sage aber auch dazu, Fehler passieren und wir arbeiten jeden Tag und ich nehme auch diese Diskussion jetzt und den Schwerpunkt dieser Diskussion auch natürlich mit - dazu dient ja so was auch - um das auch wieder in die Redaktion zu tragen und eben noch mal darauf aufmerksam zu machen, dass auch solche Schlüsse daraus gezogen werden, wie Sie sie hier ziehen, ohne dass ich sie alle teile. Aber das ist ja Teil des Austausches, den wir hier auch haben und haben sollten, dass auch wir was mitnehmen, was Sie sozusagen für Bedenken haben, wenn wir über den Dritten Medienänderungsstaatsvertrag reden. Und das werden wir tun. Und insofern ist es ein ständiges Arbeiten auch an diesem Themenfeld.

Vors. **Ralf Mucha:** Schönen Dank, Frau Strobl. Bevor ich Herrn Tadsen das Wort erteile, möchte ich noch mal einen Hinweis geben. Also wir haben hier, wir sind hier in der Innenausschusssitzung in einer öffentlichen Anhörung und nicht in der Landtags-sitzung. Ich habe versucht, mit Blicken den Kollegen der AfD zu zeigen, dass das störend ist, wenn man dazwischen brabbelt. Ich rede ausdrücklich nicht von kurzen Abreden mit den Referenten, aber das ist jetzt, zieht sich durch die ganze Sitzung durch. Ich bitte doch, das zu unterlassen. Ich versuche, mich auf die Redebeiträge zu konzentrieren. Herr Tadsen, Sie haben das Wort.

Abg. **Jan-Phillip Tadsen:** Ja, dann zum Abschluss von meiner Seite nur noch die Anmerkung, wenn man jetzt zugesteht, dass man sich wahrscheinlich sich die Talk-showsituation noch mal anschauen muss, so habe ich Herrn Kühn jetzt verstanden, wortwörtlich, dann bitte ich auch darum, sich mal zu vergegenwärtigen, dass es natürlich heikle Themen gibt, die in solchen Formaten und auch generell in der Berichterstattung behandelt werden, wo es auch Situationen gab - ich kann da an den Fall Sarrazin nur einmal erinnern - wo man schon den Eindruck hat, dass da eine Konstellation herbeigeführt wird, wo die Vielfalt der Stimmung der Bevölkerung nicht so repräsentativ abgebildet wird, wie man sich das wünschen müsste, wo eine Art vier gegen eins-, fünf gegen eins-Konstellation entsteht. Ein jüngeres Beispiel ist die Professorin Guerot, die ja auch bei Lanz dann eine Sendung gesetzt wurde und dann von allen Seiten quasi angegriffen wurde. Also ich will jetzt weder Pro noch Contra zu der Dame

sprechen, ich will Ihnen nur zum Abschluss der heutigen Diskussion vielleicht noch mal mitgeben: Sie müssen schon versuchen, wahrzunehmen, dass es da auch Bilder gibt, die häufig entstehen und wo die Repräsentativität und die Stimmung der Bevölkerung dann auch nicht mehr dargestellt wird im Diskussionsniveau schon. Ja, das soweit zum Ende. Und die Zahlen, die jetzt nur auf Talkshows sich bezogen haben, natürlich sind wir sehr offen dafür, dass man auch das breiter sich anschaut. Wenn Sie da selber Erhebung zu haben, das wäre vielleicht die letzte Frage an Sie beide, inwieweit da ein Ausgleich stattfindet, inwieweit das gut zueinander gebracht wird. Wenn Sie da eine Summe quasi erzielen, wie Frau Strobl sagte, dann wäre das ja mal sehr interessant. In jedem Fall wäre es auch wissenschaftlich zu untersuchen.

Vors. **Ralf Mucha**: Schönen Dank, Herr Tadsen, für Ihr Statement. Weitere Wortmeldungen kann ich nicht erkennen. Dann bedanke ich mich bei den Anzuhörenden, ob digital oder hier vor Ort, für Ihre Statements und schließe die Sitzung und wünsche Ihnen noch eine angenehme Restwoche.

Ende der Sitzung: 12:27 Uhr



Ad/Au



Ralf Mucha
Vorsitzender